

politicum

Josef Krainer Haus
Schriften

Politische Bildung

I

MITARBEITER DIESER NUMMER

AUS DEM INHALT

Herwig HÖSELE Pressreferent der ÖVP Steiermark	Ludwig Kapfer Idealismus oder ein Gebot der Vernunft?
Ludwig KAPFER Direktor des Josef-Krainer-Hauses, Bildungszentrum der ÖVP Steiermark	Manfred Prisching Politik & Bildung: Gegensatz oder gegenseitige Bedingung?
Dr. Joseph MARKO Univ.-Ass. am Institut für Öffentliches Recht der Universität Graz	Gerfried Sperl Sensorium für subkutane Vorgänge entwickeln
Hofrat Prof. Dr. Eduard MOSER Amtsführender Präsident des Landesschulrates für Steiermark, Landesjugendreferent	Interview mit Eduard Moser (von Kurt Wimmer) Toleranz und Zivilcourage — da hapert's
Dr. Manfred PRISCHING Univ.-Ass. am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Graz	Dieter Schoeller Ein Experimentierfeld für neue Formen der Politik
Dipl.-Ing. Peter PRITZ Mitbegründer der „Erklärung von Graz“	Peter Rabl Medien — eine permanente Erwachsenenbildungsinstitution
Peter RABL Stellvertretender Chefredakteur des Kurier	Herwig Hösele Eine notwendige und chancenreiche Sisyphusarbeit
Dipl.-Ing. Dieter SCHOELLER Architekt, Geschäftsführer des Steir. Volksbildungswerkes	Folke Tegetthoff Politische Bildung — ein Weg zu sich selbst
Dr. Gerfried SPERL Leitender Redakteur der Kleinen Zeitung, Graz Herausgeber der Zeitschrift „WAS“	Peter Pritz In der Aktion die Leidenschaft am Politischen wecken
Folke TEGETTHOFF Märchenerzähler	POLITICISSIMUS Glossen und Zitate
Dr. Kurt WIMMER Stellvertretender Chefredakteur der Kleinen Zeitung, Graz	EX LIBRIS POLITICIS Dahrendorf (Lebenschancen) / Bruckmann (Perspektiven für Österreich) / Habermas (Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“) / Das menschliche Dilemma (Club of Rome) / Das Österreich-Modell des Management-Clubs / Österreichisches Jahrbuch für Politik / Reihe Technologie und Politik“

politicum

HERAUSGEBER: Herwig Hösele,
Ludwig Kapfer, Dr. Manfred Pri-
schning

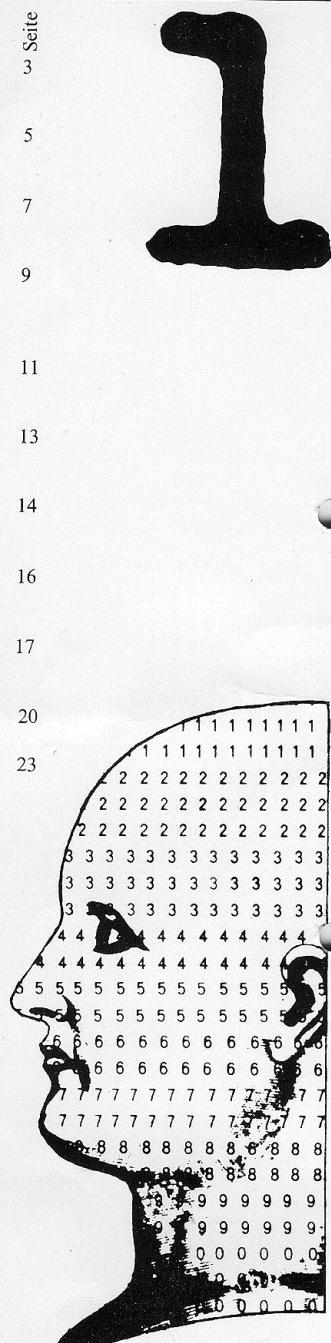
EIGENTÜMER und VERLEGER:
ÖVP Steiermark, für den Inhalt
verantwortlich: Ludwig Kapfer, alle
8045 Graz, Pfeifferhofweg 28

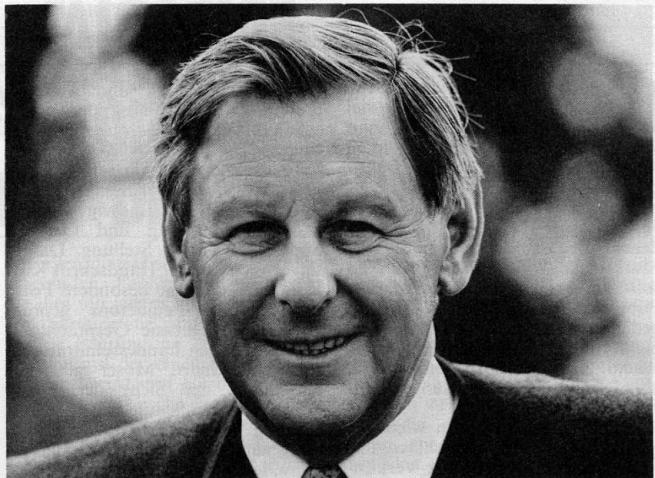
Druck: Styria, Graz, Schönaugasse 64

BESTELLUNGEN an Josef-Krai-
ner-Haus, Pfeifferhofweg 28, 8045
Graz

„politicum“ versteht sich als Zeitschrift, die die offene Diskussion pflegt. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen daher nicht mit dem offiziellen Standpunkt der steirischen Volkspartei oder mit der Meinung der Herausgeber übereinstimmen. Sie geben die Auffassung des Autors wieder.

Unverlangte Manuskripte werden gerne entgegengenommen, denn „politicum“ lebt von der vielseitigen Diskussion und lädt dazu ein. Wir können für solche Manuskripte, die etwa 3–10 Maschinschreibseiten Länge aufweisen sollen, und ihre Rücksendung allerdings keine Gewähr übernehmen.





Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Demokratie lebt von der fundierten — wert- und sachbezogenen — toleranten Diskussion. Nur in einem solchen Klima kann sich menschengerechter Fortschritt entwickeln. Diesen Grundsätzen, die große Offenheit für neue Entwicklungen verlangt, hat sich die Steirische Volkspartei stets verpflichtet gefühlt. In dieser Gesinnung wird nun im Rahmen unseres Bildungszentrums Josef-Krainer-Haus in loser Folge die Zeitschrift „politicum“ herausgegeben, die hiermit in ihrer ersten Nummer vorliegt. Diese Zeitschrift soll ein offenes und kritisches Diskussionsforum für grundsätzliche Fragestellungen sein und somit auch einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung leisten. Ganz bewußt sollen daher auch parteiunabhängige unkonventionelle Autoren mit kontroversen Ansichten zu Wort kommen.

Ich bin sicher, daß „politicum“ auch für Sie so manche Anstöße zur nachdenklichen Auseinandersetzung bietet. Diese wünsche ich Ihnen bei der Lektüre dieser und der folgenden Nummern.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Friedrich Niederl". The signature is fluid and cursive, with "Friedrich" on the top line and "Niederl" on the bottom line.

Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl

EDITORIAL

0 je, schon wieder eine neue Zeitschrift, wo es ohnehin so viel Lesenswertes gibt, für das man viel zuwenig Zeit findet. Prinzipiell richtig, aber wir glauben, mit „politicum“ — Schriften des Bildungszentrums der steirischen Volkspartei Josef-Krainer-Haus — einen vorhan- denen Bedarf decken und eine Marktlücke schließen zu können. Es soll sich bei „politicum“ um eine Publikationsreihe handeln, die dazu gedacht ist, politisch relevante Probleme in vorurteilslosem und kritischem Geist zu durchdenken und allenfalls mögliche Lösungen anzubieten.

Sie soll der Diskussion wichtiger (unter Umständen vernachlässigter) Probleme dienen, nicht der Verkündung von angeblich feststehenden „Wahrheiten“ oder der ideologischen Propaganda. Die Beiträge sollen sich von Sprache und Voraussetzung her nicht elitär gebärden, aber theoretischen Standards genügen.

Gerade im sogenannten nicht-sozialistischen Lager scheint uns ein eklatanter Mangel an Publikationen zu bestehen, in denen in einem offenen Geist geschrieben und diskutiert wird, in denen vorausgedacht wird, in denen „Themen der Zukunft“ ohne Schwarzweiß-Schemata angerissen, aufbereitet und letztlich auch besetzt werden. „politicum“ erhebt nicht den Anspruch, eine derartige Funktion erfüllen zu können, aber es soll einen kleinen Beitrag dazu leisten.

So soll — nicht zufällig für die Zeitschrift einer Bildungsinstitution — in dieser ersten Nummer das Thema „politische Bildung“ in einer umfassenden Sicht von vielfältigen Perspektiven her ausgeleuchtet werden. So sollen die nächsten Nummern schwerpunktmäßig den Problemen und Aufgabenstellungen der Kommunalpolitik in den achtziger Jahren, dem Themenbereich Arbeit (gerade auch in Hinblick auf die aktuellen Diskussionen über die Gestaltung der Arbeit und der Arbeitszeit) und dem Fragenkreis Kommunikation gewidmet sein.

Zum vorliegenden Heft: Wir gehen davon aus, daß politische Bildung bei weitem nicht auf das, was in Schule und Erwachsenenbildungsinstitutionen passiert, eingegrenzt werden kann und darf. Alle Beiträge machen dies — Politik und politische Bildung als „Lebensprinzip“ — klar. Ein Großteil der Autoren legt — unabgesprochen und daher besonders bemerkenswert — großes Gewicht auf die neuen Themen und Herausforde-

rungen der Politik und weist in diesem Zusammenhang der politischen Bildung eine besondere Bedeutung zu.

In allgemeiner, umfassender Form nehmen mit interessanten Analysen und Hypothesen Ludwig Kapfer, Manfred Prisching und Gerfried Sperl zum Thema Stellung. Das in unverwechselbarer Handschrift Kurt Wimmers, der eine besondere Form des Interview-Feuilletons geprägt hat, wiedergegebene Gespräch mit dem steirischen Landesschulratspräsidenten Eduard Moser gibt vor allem aus der Sicht der Praxis Aufschluß über Schule und politische Bildung. Was die Erwachsenenbildung zur politischen Bildung leisten kann, legt Dieter Schoeller dar. Eine wesentliche Form der politischen Information, Beeinflussung und Bildung ist der Journalismus — dazu eine überaus sympathische wie auch selbstkritische Stellungnahme des stellvertretenden Chefredakteurs des „Kuriers“, Peter Rabl. Keine Stellungnahme außer der im Faksimile abgedruckten Absage, die wir sehr bedauern, erhielten wir allerdings vom meistgelesenen Kolumnisten der meistgelesenen Zeitung Österreichs — Richard Nimmerrichter —, besser bekannt als „Staberl“, obwohl seine Ausführungen sicherlich äußerst aufschlußreich gewesen wären. Herwig Hösle setzt sich mit dem gerade auch für die Zukunft unserer Demokratie wichtigen Fragenkomplex Jugend und politische Bildung auseinander. Der junge Grazer Literat Folke Tegetthoff entwickelt ein sehr beachtliches Ideengebäude zum Zusammenhang von Kunst und politischer Bildung, wie es in dieser Schärfe von Künstlern selten formuliert wird. Peter Pritz macht am Beispiel der Bürgerinitiativen deutlich, was politische Bildung für das Handeln des einzelnen Staatsbürgers bedeuten kann.

Nicht alles darf tierisch ernst genommen werden, auch liegt oft gerade in einer überspitzten Formulierung oder in wörtlichen Zitaten spontaner Aussagen ein Denkanstoß oder gar die ungeschminkte Wahrheit. Derart Erhellendem wird sich im „politicum“ der „Politicismus“ widmen — mit Glossen und Zitaten.

Besonders erhellend aber ist die Lektüre von Büchern. Unter „Ex libris politicis“ wollen wir daher Bücher und Buchserien präsentieren, die sich mit Politik, politischer Bildung und neuen Themen der Politik beschäftigen.

Zum Abschluß unsere Bitte und

Einladung: Wenn Ihnen „politicum“ gefällt, genauso aber auch, wenn Sie Kritik, Ideen und Anregungen haben, lassen Sie es uns bitte wissen. Vor allem aber laden wir alle Leser ein, uns Stellungnahmen und Beiträge zu schicken und somit „politicum“ aktiv mitzustalten. Denn „politicum“ lebt von der Diskussion.

Die Herausgeber



IDEALISMUS ODER EIN GEBOT DER VERNUNFT?

Viele haben über das Thema „politische Bildung“ bereits nachgedacht, Thesen formuliert, sich dazu bekannt und dafür Ziele abgesteckt. In Parteiprogrammen, Reden von Politikern und Grundsatzklärungen von politischen Funktionären finden sich sehr häufig Grundsatzziele, die zusammengefaßt (und vereinfacht) lauten: Durch politische Bildung soll der Staatsbürger befähigt werden,

- politische Zusammenhänge und Prozesse zu erkennen,
- sich mit diesen kritisch auseinanderzusetzen,
- seine eigene Meinung bilden zu lernen,
- diese seine Meinung auch zu artikulieren vermögen und
- letztendlich am demokratischen Prozeß gleichberechtigt teilnehmen zu können.

Betrachtet man auf der anderen Seite die politische Landschaft, zeigt sich folgendes Bild:

● Der einzelne, selbst als Insider, hat kaum eine Chance, politische Zusammenhänge und Prozesse erkennen zu können. Dies zeigt sich z. B. darin, daß auch gute Journalisten heute kaum in der Lage sind, ein Staatsbudget zu analysieren, oder darin, daß auch erfahrene Wirtschaftsexperten kaum die Chance haben, den Einfluß der Banken oder großer Konzerne auf- und untereinander erkennen zu können. Durch ständig neue Gesetze und Verordnungen, Kompetenzaufteilungen, Ablaufreformen oder Änderung von Bezeichnungen wird der Bürger zusätzlich verwirrt.

● Die kritische Auseinandersetzung mit politischen Prozessen entfällt daher zum Teil schon aus Unkenntnis. Die weitverbreitete Meinung, daß nur Experten in der Lage sind, Systeme kritisch zu durchleuchten, und daß der einfache Bürger, der dies ebenso tut, ein Kritisierte und Raunzer ist, tut ein weiteres.

● Die Fähigkeit, seine eigene Meinung zu artikulieren, hängt sehr stark von den sprachlichen oder generell medialen Fähigkeiten des Menschen und zum noch größeren Teil vom Gefühl der Kompetenz für die Meinungsäußerung ab. Der Staatsbürger steht sehr oft sprachlos den

mit allen dialektischen Kunstgriffen agierenden Fachleuten gegenüber, die ihm mit jedem Wort das Gefühl der Inkompetenz vermitteln.

Eine Begründung, daß politische Bildung auf der einen Seite ständig gefordert wird und auf der anderen Seite das praktische Handeln diese verhindert, liegt zweifellos an der ambivalenten Einstellung des österreichischen Politikers. Diese Ambivalenz zeigt sich bei Politikern in folgenden Denkweisen:

● Auf der einen Seite steht der von allen Politikern artikulierte Wunsch nach mehr Transparenz. Dies würde bedeuten, daß man bei Handlungen des politischen Gegners wesentlich leichter argumentieren könnte, weil informierten Wählern die Auswirkungen der politischen Entscheidungen klar wären. Dies würde auch bedeuten, daß die eigene Alternative wesentlich effizienter und mit weniger Kosten an den Bürger gebracht werden könnte.

Auf der anderen Seite jedoch steht die Angst, die eigenen Entscheidungen transparent zu machen, da dabei eigene Interessen, die nicht unbedingt die der Bürger sind, bekanntgemacht und eine Angriffsfläche für den politischen Gegner bieten würden.

● Auf der einen Seite steht der Wunsch, kritische Staatsbürger vorzufinden, die langgepflegte Verhaltensweisen reflektieren und notwendige Änderungen vorbereiten. Gerade für Politiker, die nicht die Stärke haben, unpopuläre Maßnahmen zu setzen, ist das kritische Potential, aus dem ständig neue Vorschläge erstatet werden, lebensnotwendig.

Auf der anderen Seite befürchtet der Politiker, der Staatsbürger werde sich nicht mehr wie erwartet verhalten und ihm damit einen Strich durch die Rechnung machen. Seit dem 5. November 1978 sitzt diese Angst sicher noch tiefer im Nacken der Politiker. Für einige wird es Grund genug sein, die Informationen, die an den Bürger weitergegeben werden, noch genauer zu selektieren.

● Auf der einen Seite besteht der berechtigte Wunsch der Politiker, der Bürger solle selbst Leistungen erbringen, soweit ihm dies möglich ist, um damit den ohnehin stark überlasteten Staat vor dem Kollaps zu bewahren.

Der Wunsch nach mehr Selbständigkeit und Subsidiarität ist in allen Parteiprogrammen und Politikerreden zu finden.

Auf der anderen Seite befürchtet der Politiker, die Bürger könnten zu selbständig und damit unabhängig von ihm werden. (Partnerschaft)

● Diese ambivalente Einstellung zeigt sich aber nicht nur beim Politiker, sondern meist im noch stärkeren Ausmaß beim „Politikkonsumenten“. Auf der einen Seite besteht der starke Wunsch, sich in der Politik auszukennen, mitentscheiden zu können und damit politische Prozesse zu beeinflussen. Auf der anderen Seite werden die Anstrengung und der notwendige Einsatz dabei als zu hoch empfunden. Die Entscheidungen werden daher dem Politiker überlassen.

Zusammengefaßt kann daher gesagt werden, daß sowohl Politiker als auch Bürger politische Bildung wünschen, daß diesem Wunsch aber sehr oft Angst, Bequemlichkeit, persönliches Machtstreben und Egoismus entgegenstehen. Von dem, was letzten Endes überwiegen wird, wird es abhängen, wie unsere künftige politische Landschaft aussehen wird.

Schaffen wir es nicht, den einzelnen informierter, kritischer und für die politische Teilnahme aktiver zu machen, so werden wir sehr bald mit gefährlichen Phänomenen konfrontiert werden.

Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit werden in zunehmendem Maße zurückgehen. Dem Staat werden noch mehr Funktionen als bisher aufgebürdet werden. Leistungen, die auch von einzelnen und Gruppen erbracht werden könnten, wird in zunehmendem Maße der Staat erbringen müssen. Ist der Staat an seiner Leistungsgrenze angelangt, wird er die Erwartungen nicht mehr erfüllen können. Betroffen von der mangelnden Leistungsfähigkeit des Staates werden vor allem die sozial Schwächeren sein.

Je mehr Leistungen der Staat übernimmt, die auch der einzelne übernehmen könnte, desto ungewohnt wird es dem einzelnen Bürger werden, Leistungen für seine Umwelt zu erbringen. Auch wenn der Staat die materiellen Bedürfnisse

decken könnte, viele immateriellen Bedürfnisse werden von ihm nicht erfüllt werden können. Betroffen davon werden diejenigen sein, die in Not geraten und daher auf menschliche Hilfe angewiesen sind.

Bei zunehmender Inaktivität der Staatsbürger können daher Voraussetzungen zu deren Zufriedenheit nicht geschaffen werden. Die Identifikation mit diesem Staat wird daher geringer werden, die Politiker werden noch schlechter in der Beurteilung wegkommen und die Kluft zwischen Bürger und Politiker wird eine gemeinsame Arbeit erschweren.

Nach den angeführten Gründen scheint mir daher das Anliegen nach politischer Bildung nicht so sehr einem idealistischen Denken zu entspringen, sondern praktischer politischer Vernunft.

Die Frage stellt sich also, wie kann politische Bildung geschehen.

Im folgenden möchte ich kurz skizzieren, was ich mir dabei von den politischen Parteien als Beitrag zur politischen Bildung erwarte:

1. Politische Bildung kann nicht in kurzen Seminarbesuchen, in Freifächern der Schule und in einzelnen kurzzeitigen Aktionen geschehen. Politische Bildung ist das Ergebnis der gesamten Einflüsse der Umwelt, es ist daher der umfassende Ansatz zur politischen Bildung zu sehen. Für politische Parteien heißt dies, daß mit allen Handlungen, die gesetzt werden, politisch gebildet wird. Die Einrichtung von Bildungshäusern kann dabei sicher einen Verstärkerfaktor darstellen. Wesentlich jedoch ist, daß auch in der Organisations- und Informationsarbeit in und außerhalb von Wahlkämpfen die Ziele der politischen Bildung nicht vergessen werden.

2. Politische Bildung ist nicht die Beschäftigung mit theoretischen Prozessen und Zusammenhängen, sondern die Beschäftigung mit lebendigen Strukturen. Dies schließt eine stärkere „Verwissenschaftlichung“ der politischen Bildung nicht aus, fordert aber den ständigen Bezug zur praktischen Politik.

3. Politische Bildung kann nicht zur Festigung von Systemen verstanden werden, sondern muß grundsätzlich zu Wachsamkeit und kritischer Auseinandersetzung führen. Die Auseinandersetzung mit neuen Inhalten, die kritische Reflexion vorhandener Normen und Formen des Zusammenlebens sind wesentliche Bestandteile der politischen Bildung.

4. Politische Bildung muß zu Aktivitäten des einzelnen führen. Information, kritische Auseinandersetzung und Handeln müssen einen ständigen Kreislauf in der politischen Bildung darstellen.

5. Politische Bildung ist nicht in erster Linie Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, aus der man zweifellos sehr viel lernen kann, sondern die Auseinandersetzung mit der Gegenwart und der Zukunft. Es geht darum, die zukünftige Umwelt unserer Vorstellungen entsprechend zu gestalten. Viel zu lange haben sich die Menschen an ihre Umwelt angeglichen. Gerade die technische Entwicklung wurde zu lange kritiklos als selbstverständlich hingenommen und kaum kritisch hinsichtlich der Konsequenzen für unsere Zukunft hinterfragt. Politische Bildung kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Entwicklungen dann zu ändern oder zu stoppen, solange sie noch nicht irreversibel sind.

6. Hauptziel der politischen Bildung muß es sein, innovatives Denken anzuregen und zu ermöglichen. Diese Notwendigkeit verdeutlicht wohl am eindrucksvollsten die Energiesituation. Im Bereich der Umweltbelastung, der Bürokratisierung oder unseres Konsumverhaltens wird uns der gleiche Schock nur dann erspart bleiben, wenn wir rechtzeitig durch innovatives Denken Alternativen finden.

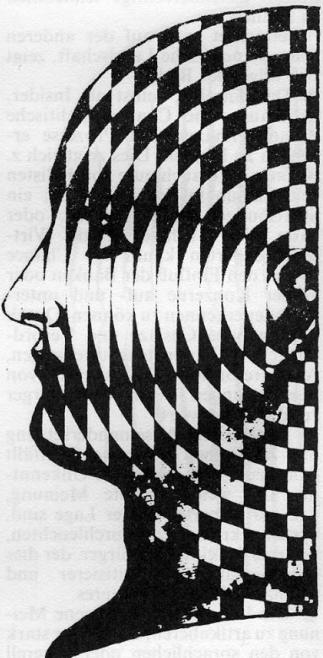
7. Politische Bildung muß nicht zuletzt dazu befähigen, gemeinsam mit anderen Menschen die Gesellschaft zu gestalten. Die Fähigkeit, auch Andersdenkende dabei anzuerkennen, ist dabei eine Voraussetzung. Dies entspricht keineswegs nur dem idealistischen Denken von liberalen Weltverbesserern. Nach Durchsicht der „Herrscher-Akten“ muß wohl auch den Uneinsichtigsten klar sein, daß Unterdrückung von Andersdenkenden immer noch dazu geführt hat, die Lebensqualität der betroffenen Gesellschaft sehr rasch für alle zu senken.

8. Durch politische Bildung muß erreicht werden, dem einzelnen nicht nur seine unmittelbare Umwelt bewußt zu machen, sondern die globale Situation der gesamten menschlichen Gesellschaft. Auch dies ist durchaus begründbar mit politischer Vernunft. Wenn wir die Probleme der unterentwickelten Länder verdrängen, ist dies nicht nur unsolidarisch, sondern wird auch dazu führen, daß die Spannungen zwischen den Staaten und Regionen stärker werden und eine dauernde Gefahr für den Weltfrieden darstellen.

9. Abschließend das wesentlichste Ziel:

Durch politische Bildung sollen primär die Wertfragen unserer Politik diskutiert werden. Die Fakten über den Zustand und die Prognose unserer Gesellschaft liegen nicht nur vor, sondern sind auch viel weiter verbreitet, als wir glauben. Daß die

meisten Menschen sich trotzdem adaptieren, liegt auch nicht so sehr an ihrer Kritiklosigkeit. Ich wage sogar zu behaupten, daß die nötigen Antriebskräfte zum Handeln vorhanden sind. Daß es nur selten zu Aktivitäten kommt, liegt vielmehr darin, daß der Sinn nicht geschenkt wird. Das wesentlichste Ziel der politischen Bildung muß daher die Diskussion der Grundwerte unseres politischen Handelns sein. Eine faszinierende Aufgabe für eine politische Partei.



den Schülern vermittelt werden sollten?

Moser: „Ja natürlich. Toleranz und ein Schuß Zivilcourage zum Beispiel. Daran hapert's.“

Und er berichtet aus der Praxis seines reichen Erfahrungsschatzes: „Die Eltern trau'n sich nicht, weil sie Angst haben, daß eine Kritik dann Nachteile für das Kind in der Schule haben könnte. Ein Lehrer sagte mir einmal, er würde offen mit mir reden, wenn der Direktor nicht da wäre. Man will einfach keine Scherereien haben. Und das ist natürlich das Ende jeder politischen Bildung.“

Ich frage ihn nun, ob das nicht auch damit zusammenhänge, daß gerade an den Schulen die Politisierung sehr ausgeprägt sei. Etwa bei der Besetzung von Direktorsstellen. Und wenn man die Schüler schon in der Praxis an die Gesetzmäßigkeiten der Politik heranführen wolle, könne man ja gleich in der Schule damit beginnen. Etwa bei der Durchleuchtung der Frage, warum an der einen Schule ein „schwarzer“ Direktor sei und an der anderen ein „roter“. Und warum das so sein müsse.

Der Präsident des Landesschulrates begegnet meiner künstlichen Naivität mit Sachlichkeit: „Man soll nicht beim Schwierigsten anfangen“, meint er. In der Praxis sei hier kaum etwas zu ändern, und die ganzen Besetzungsmodalitäten seien „auch gedanklich schwer zu durchschauen“. Im übrigen merke man „nach außen“ sowieso nicht, ob ein roter oder ein schwarzer Direktor am Werk sei. Und dann ein Bekenntnis: „Man kann noch so einen guten Mann haben, man bringt ihn an einer roten Schule einfach nicht unter.“

Und umgekehrt natürlich.

Manchmal tauscht man zwar ein bissel, aber das gehört zu den politischen Aktionen, deren Durchschaubarkeit man dem gewöhnlichen Bürger nicht zumuten kann. Und dem Schüler schon gar nicht.

Apropos Schüler. Wie hat sich denn die Demokratisierung an den Schulen ausgewirkt. Die Einbeziehung von Eltern und Schülern in manche Entscheidungsprozesse?

Moser konstatiert, daß das je nach Schule verschieden sei. Er meint zum Beispiel, daß der Klassensprecher durch den Klassenvorstand Ermittlung brauche: „Der Klassensprecher ist oft in einer schwierigen Situation und braucht Erfolgsergebnisse.“

Formal funktioniere auch die Einrichtung des Schulsprechers, der die Anliegen der Schüler bei der Direktion vertreten soll: „Haupthindernis ist hier eigentlich das mangelnde Interesse von Schülern und Schülerinnen. Das ist oft deprimierend“, seufzt Moser.

Die Schulgemeinschaftsausschüsse

funktionierten zum Teil gut, analysiert der Präsident die Situation weiter: „Diese Ausschüsse könnten sich zu Führungsgremien der Schule entwickeln, aber es hängt natürlich sehr vom Direktor ab, inwieweit er dieses Instrument fördert oder brachliegen läßt.“

Mit den Eltern werde eine echte Partnerschaft angestrebt bei der Mitwirkung an der Führung der Schule: „Man muß dann allerdings den Schulen mehr Entscheidungsbefugnisse einräumen, und das erfordert wieder den Mut zur Delegierung nach unten.“ Und Moser klagt dann über den oft sehr lähmenden Schulzentralismus: „Alles muß den Dienstweg über das Ministerium gehen, und da dauert es dann oft Monate, ja Jahre, bis es zu einer Entscheidung kommt.“

Moser stellt dann noch fest, daß sich die Schüler kaum trauen, zu kritisieren: „Und sie werden auch nicht zur Kritikfähigkeit erzogen. Man muß auch lernen, wie man Kritik verbal richtig faßt.“ Hier verspricht sich der Präsident des Landesschulrates viel von der Medienpädagogik.

Politische Bildung sei ohne Diskussion nicht möglich: „Wir haben ja nicht diskutieren gelernt. Ich nebenbei auch nicht.“

Und wenn man ihn dann fragt, woher die Ursachen der Lethargie sehe, dann summiert Eduard Moser: „Es ist das mangelnde Engagement, für etwas einzutreten. Ich glaube, das ist eine Art Wohlstandslethargie.“

Er spricht dann von seinen Plänen, die Elternvereine zu aktivieren, über seine Sorge, daß die Zahl der Schülerzeitungen zurückgehe und die Redakteure über den Mitarbeitermangel klagen. Man werde auch den Schülerbeirat öfter einberufen, verspricht er, und das Schulgemeinschaftsgespräch auf Landesebene führen. Fazit: „Man müßte mehr Aktivität in die Schule bringen.“

Die Gesamtsituation für die Förderung der politischen Bildung an den Schulen bewertet Eduard Moser allerdings mit zurückhaltender Skepsis. Er kommt noch einmal auf die Tendenz einer „allgemeinen Lethargie“ zu sprechen und meint, daß bei Lehrern und Direktoren mehr Bereitschaft zur Mitwirkung vorhanden wäre, „wenn die Schüler mehr drängten.“ Andererseits ist er objektiv genug, festzustellen, daß die Mängel auch bei den Lehrern liegen könnten: „Bei vielen Schulen geht es. Es hängt sehr von dem Klima ab, das der Direktor und der Lehrkörper schaffen.“

Man werde jetzt überprüfen, wie das mit der politischen Bildung funktioniere, kündigt Moser an. Und dann folgt eine Bemerkung, die

intime Kenntnis des Autoritätsbewußtseins an den Schulen verrät: „Vielleicht hat das eine gewisse Signalwirkung, wenn man deutlich macht, was von oben gewünscht wird.“



zungen, Zielen, Weltanschauungen auf der einen Seite und von Sachentscheidungen, technischem Wissen, Ziel-Mittel-Rationalität auf der anderen Seite leistet.

Wir akzeptieren die Scheidung zwischen einer sich „objektiv“ gebärdenden Wertfreiheit, einer Wissenschaft, die dem Prinzip huldigt: Objektiv bin ich dann, wenn mir alles egal ist, und einer dezisionistisch/opportunistisch verfahrenden Politik, die sich allein kurzfristigen Interessen, Konstellationen, Machtverhältnissen beugt. Während Wertfreiheit als Zelfreiheit oder als fraglose Übernahme vorgegebener Ziele angesehen wird, als technische Ignoranz, die ihre Arbeit nicht reflektiert, kann eine Politik, die eingepackt ist in die Intrigen des Tages, nur hohnvoll oder bedauernd resignierend lächeln, wenn nach so obskuren Dingen wie dem „Wohl des Volkes“ gefragt wird. Positivistisch reduziertes technisches Wissen steht einer Politik gegenüber, die vollauf mit dem Balanceakt der Macht von einer Woche zur nächsten beschäftigt ist.

Beide, die Vertreter des „Sachwissens“ und die Vertreter der „Politik“, scheinen vielfach jene Selbstverständlichkeit vergessen zu haben, die beiden früher präsent — wenn auch häufig unerfüllt — war: sich Gedanken darüber zu machen, wie eben dieses „Wohl der Menschen“ zu sichern sei. Politische Bildung nun, die vielleicht als eine solche Verklammerung von Politik und Wissen verstanden werden kann, findet nicht statt. Das Glück der Menschen wird fraglos auf ihren Lebensstandard reduziert, der in ein hinreichend großes Konsumgüteriveau umsetzbar sein muß; die „Techniker“ haben es zu sichern. Das große Erstaunen kommt hinterher, wenn die Menschen dennoch nicht glücklich sind: Es sind dann „irrationale“ Wähler oder sie sind „undankbar“. Die rationale Vermittlung von Techniken und Strategien wird abgesondert von der irrationalen Wahl von sogenannten Wertsystemen — als ob sich über Wertvorstellungen nicht auch „vernünftig“ diskutieren ließe.

So kommt es zur Kombination einer unbeteiligten Theorie mit einer wildgewordenen Praxis: Es droht — so formulierte es J. Habermas — die Aufspaltung des Bewußtseins und die Aufspaltung der Menschen in zwei Klassen — in Sozialingenieure und in Insassen geschlossener Anstalten.

3. Wahlmöglichkeiten und Bindungen: Haben wir Alternativen übersehen?

Der Zusammenhang theoretischer Erkenntnis und politischer Reflexion aber führt sehr direkt zu einigen

inhaltlichen Andeutungen, um welche Probleme es einer politischen Bildung im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts — man beachte die Perspektive, die sich nicht an Wahlterminen, sondern Lebensaussichten der Menschen orientiert — gehen muß.

Der liberale Soziologe R. Dahrendorf hat jüngst einen einprägsamen Anlauf zur sozialen und politischen Analyse geliefert, der meines Erachtens eine zentrale Fragestellung jedes Nachdenkens über unsere Gesellschaft sein kann. Für ihn stellt die Entstehung, Entwicklung und Ausweitung von Lebenschancen den wesentlichsten Begriff einer gesellschaftlichen Beurteilung dar, und er verortet sie als eine Funktion von zwei Elementen, von Optionen und Ligaturen. Optionen sind in den sozialen Strukturen gegebene Wahlmöglichkeiten oder Handlungsalternativen; die moderne Gesellschaft hat die Bereiche, in denen die Individuen freie Entscheidungen treffen können, offenbar in ungeahnter Weise erweitert. Ligaturen sind Zugehörigkeiten, Bindungen, die das Element des Sinns und der Verankerung des Individuums umfassen; die moderne Gesellschaft hat solche Bindungen zunehmend abgebaut.

Der Prozeß der Modernisierung hat eine Ausweitung von Wahlmöglichkeiten mit sich gebracht, vielfach gerade durch das Aufbrechen von Ligaturen. Familie, Dorf, Religion sind vielfach nicht mehr Schicksalsgemeinschaften, sondern Wahlgemeinschaften; die Geldwirtschaft verallgemeinert soziale Beziehungen, indem sie spezifische Bindungen löst. Vor allem aber stellt sich das Problem — so Dahrendorf —, „daß die Reduktion und am Ende Destruktion von Bindungen Wahlmöglichkeiten bis zu einem gewissen Grade steigert; aber von diesem Punkt an verlieren Wahlentscheidungen ihren Sinn, weil sie in einem sozialen Vakuum stattfinden oder vielmehr in einer sozialen Wüste, in der keine bekannten Koordinaten irgendeine Richtung einer anderen vorziehbar machen.“ Dies ist relevant gerade angesichts der Tatsache, daß es nicht viele Beispiele dafür gibt, daß Gesellschaften neue Bezüge stiften, wenn der Prozeß der Abweisung von Ligaturen zugunsten von Optionen erst begonnen hat.

Es gibt zahlreiche Phänomene in unseren Gesellschaften, die sich in das — prinzipiell banale und doch so treffende — Schema Dahrendorfs einordnen lassen. Von größter Bedeutung für jede gesellschaftliche Analyse aber ist sein Gedanke eines optimalen Verhältnisses von Optionen und Ligaturen, das möglicherweise in den Gesellschaften der

Gegenwart gestört worden ist, und zwar bis zu einem Punkt, an dem die Zerstörung von Ligaturen menschliche Lebenschancen wiederum bis zu dem Punkt reduziert, an dem selbst Überlebenschancen wieder gefährdet sind.

4. Verhältnisse und Zukunftsperspektiven: Welche gesellschaftlichen Probleme stehen vor der Tür?

In den siebziger Jahren unseres Jahrhunderts muß der zentrale Bestandteil politischer Bildung die Vermutung sein, daß wir in gewissem Sinne an einer „Zeitenwende“ stehen; dies bedeutet, daß jene Selbstverständlichkeiten, die während der letzten drei Jahrzehnte unser politisches und soziales Geschehen bestimmt haben, nicht mehr unumwunden gelten. Diese Erkenntnis ist wohl unabhängig von jedem politischen Lager zu akzeptieren; über die Folgerungen, die daraus zu ziehen sind, wird man — im Sinne einer „praktischen Vernunft“ — diskutieren müssen.

Zu den grundlegenden Tatsachen zählen, so glaube ich, die folgenden:

- Aufgrund einer ganzen Reihe von Veränderungen können wir in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr mit jenen Wachstumsraten der Wirtschaft rechnen, wie sie für die sechziger Jahre kennzeichnend waren. Wir haben uns mit knappen Ressourcen, mangelnder Energie, drohender Arbeitslosigkeit einzurichten.

- Dies stellt aber auch die Selbstverständlichkeit in Frage, ob das Glück der Menschen allein in wachsendem Einkommen und Konsum besteht. Die Sinnhaftigkeit mancher Produkte wie auch die Folgen ihrer Produktion — von Umweltstörung über die Vergeudung von Rohstoffen bis zu unliebsamen sozialen Konsequenzen — stehen zur Diskussion.

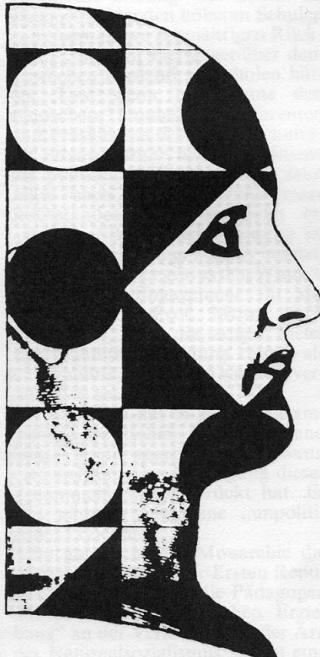
- Fraglich wird auch die Auffassung, daß die Politik ihre Legitimation nur über die Sicherung des steigenden Konsums bezieht; entweder werden — so scheint es — zugkräftige neue Leitbilder unserer Existenz, „große Ideen“, ja Visionen entworfen, oder aber die Unzufriedenheit der Bürger mit den politischen Parteien wird stark ansteigen.

- Verschiedene Lebensbereiche werden/sollen/können eine neue Bewertung erfahren: Familie, Wohnen, Kommunikation, Erholung und so weiter; aber auch die Technik: Nicht alles, was neuer, größer, schneller ist, muß auch für die Qualität des menschlichen Lebens von Vorteil sein; in gleicher Weise muß auch über den Sinnzusammenhang der mensch-

lichen Arbeit in neuer Perspektive geredet werden.

● Das politische System wird unter dem Druck der Umwälzungen, vor denen wir stehen, nur dann stabil bleiben, wenn über die erforderlichen Maßnahmen ein Konsens zu erzielen ist; auf breitester Basis wird somit eine demokratische Diskussion darüber stattfinden müssen, wie jene Gesellschaft unter veränderten Bedingungen aussehen soll, in der wir leben möchten.

Die grundlegenden Tatsachen, auf die sich jene Aussagen stützen — und für die sich genügend empirische Indikatoren finden lassen —, sind zunächst einmal zu einem großen Teil nicht Sache politischer Weltanschauung, sondern — so wage ich zu sagen — von Information und Intelligenz. Die konkrete Ausformung vorzuschlagender Ziele und möglicher Maßnahmen aber ist Sache einer weltanschaulichen (politisch-sachlichen) Diskussion. Die Notwendigkeit dieser Diskussion zu vermitteln und die Grundlagen dafür bereitzustellen ist Sache der politischen Bildung.



SENSORIUM FÜR SUBKUTANE VORGÄNGE ENTWICKELN

Ich weiß eigentlich nicht so recht, was ich mit dem Begriff „politische Bildung“ anfangen soll. In den sechziger Jahren, da waren wir geradezu schwanger damit, aber was ist herausgekommen? Diese zwei Wörter sind eigentlich nicht mehr attraktiv genug, das heißt: Ich habe schon lange nicht mehr darüber nachgedacht. Also war ich, um diesen Artikel zu schreiben, zu neuem Nachdenken gezwungen.

Wir stehen an der Schwelle zu den achtziger Jahren. Was kommt auf uns zu? Welche Trends, Moden, Wenden — Tendenzen? Legen wir diese Wortkombination einmal auseinander. Da ist zunächst der Begriff „politisch“ und die Frage, was wir unter politisch verstehen. Da ist der Begriff „Bildung“ und die Frage, was das nun wieder heutzutage bedeutet.

Die hypothetische Antwort lautet: Diese Wörter passen nur unter einem ganz bestimmten Aspekt zusammen. Politisch — das heißt ein Denken und Handeln abseits der geltenden Spielregeln. Bildung — das heißt eine Rückkehr zu wertbezogenen Maßstäben alter Schulen, ja zu archaischen Mustern der Lebenseinstellung.

Nicht, daß ich dieser Meinung wäre. Aber man muß nun einmal sehen, was im eigenen Land und rund herum auf der Welt passiert. Die Gründe des Zwentendorf-Votums und die Ereignisse in der islamischen Welt scheinen mir — ob Sie's glauben oder nicht — als tiefere Linien irgendwo zusammenzuführen.

Dies ist keine These eines Wünschelrutengängers, der verborgene Wasserader aufspürt. Und doch handelt es sich um Fäden, die unsere politische Landschaft durchziehen. Sie kommen aus der Tiefe und münden in die Telefon- und Telegraphenröhre (Tele-Kabel), um sich über die Kontinente zu verbreiten.

Ich habe das in der vorletzten Nummer der Zeitschrift WAS die Renaissance der großen Wörter genannt. Ehre, Pflicht, Wahrheit, Schönheit, Liebe — auch die Leidenschaft gehört dazu und damit jene leidvollen Eruptionen, die sie auszulösen vermag. Ihre Wiedergeburt hat in den sechziger Jahren eingesetzt, als

die Studenten sie attackierten. Sie meinten aber nicht die Worthülsen, sondern die Inhalte, um aus der schonungslosen Kritik neue Wertmaßstäbe entstehen zu lassen. Darin scheint mir das eigentliche — internationale — Erbe der sechziger Jahre begründet zu sein.

Ehre — jene Unantastbarkeit und Integrität, die (vielleicht unter einem jeweils anderen Vokabel) die Kämpfe der Befreiungsbewegungen beflügeln.¹

Pflicht — vielleicht als Konsequenz einer Treue zur eigenen Überzeugung, zu wiederentdeckten Traditionen, zur Gemeinschaft. Minderheiten kommen (gruppendynamisch) ohne sie nicht aus.²

Wahrheit — die große Utopie, die persönliche Leitlinie, die religiöse Offenbarung.

In verschiedenen Kulturen mögen all diese Begriffe anders besetzt sein. Und so wie in den Städten zwischen Hochhäusern vielbesprochene Kleinräume ausgebildet werden, sich eine nie gesehene Fauna und Flora entwickelt, hüpfen auch die Ideologien nicht nur von Kontinent zu Kontinent, sondern überraschenderweise aus der Savanne in eine Fußgängerzone oder umgekehrt. Das sind die neuen Wirklichkeiten.

Hinter all dem steckt meiner Auffassung nach eine Rebellion gegen die verborgenen Vorstellungen des Raumes und der Zeit, beides fand schon in den sechziger Jahren Ansätze zu phantastischen Kombinationen zum Beispiel in der Rock-Musik.

Ich bin kein systematischer Sozial- oder Kulturphilosoph. Und deshalb wieder einige spekulativen Bemerkungen.

● In der Musik folgte auf die elektronische Expansion die Rückbesinnung auf ganz einfache Formen. Hier und da ein gewaltiges Auflakern (Punk), aber gleich darauf wieder die Rückkehr zu „natürlichen Rhythmen“.

● Im Bereich des Religiösen und der Lebensweisen durften jene Sekten mit Zulauf rechnen, die u. a. einfaches Leben und innere Ruhe versprachen. Dazu die Welle der Landkommunen, aber auch die Zweithäuser, Angelpartien, Wander-

eskapaden der Leistungsträger unserer Gesellschaft.

● Die Umweltschutz-Bewegung (Grüne) — „Jo, wir san mit'n Radl do“ — ist verkuppelt mit Entwicklungspolitikern, Anhängern der Gewaltlosigkeit, Hausmännern, Aussteigern.

● Warum ist die Drogensucht noch immer nicht gebannt? Hat all das nicht auch mit einer Flucht aus diesem Raum, aus dieser Zeit zu tun?

Ich suche gerade verzweifelt ein Buch, das ein russischer Professor über das Mittelalter geschrieben hat. Darin werden nicht die Ereignisse aufgezählt (wurde mir berichtet), nicht die Kultur geschildert, sondern zum Beispiel das Zeitgefühl der Menschen des Mittelalters. Es war nämlich alles langsamer als jetzt, die Zeit *verrann* nicht so schnell wie heute.³ Vielleicht merken Sie jetzt, was ich mit all den vorgängigen Bemerkungen meine.

Möglicherweise ist vielen Menschen alles zu schnell geworden, der Raum ist nicht mehr erfassbar. Und da erinnere ich mich an eine kurze Diskussion zwischen dem Chemiker Matthias Wabl und dem Kulturlphilosophen Hanns Koren. Wabl sagte, daß das Aussterben vieler Vogelarten, die Veränderung der Natur dazu führe, daß die Menschen sich nur noch von ihnen produzierten Dingen gegenübersehen, einer selbst geschaffenen Umwelt.

Das könnte zu kollektivem Wahnsinn führen.

Vielleicht ist das eine wahnsinnige Behauptung. Aber die Verstummung und Verkahlung der Natur, die Abholzung unserer Umwelt, ist das nicht eine Rebellion wert? Geht das nicht einher mit der wilden Attacke schiitischer Perser gegen die „Westlichung“? Ich vermute es nur, weiß es nicht, stelle es daher zur Diskussion.

Und wo liegen die Therapien? Von der Wissenschaft wird glaubhaft nachgewiesen, daß sich in besonders „technischen“, anscheinend „rationalem“ Zeiten das Irrationale als Pendelausschlag erhebt. Im Negativen erscheinen neue Vampirgestalten, im Positiven die Retter. Kann, muß Khomeini für das eine stehen? Ist nicht Karol Wojtyla, der Papst Johannes Paul II., jener andere Pol? An beiden Figuren halten sich die Menschen an, beide entfachen Massenwanderungen, der eine mit wilden Speerwürfen auf das Anti-Symbol USA, der andere doch mit seltener Friedfertigkeit.

Der Bogen mag gewagt sein. Die politische Tendenz, sich selbst in der Demokratie wieder stärker originalen Führergestalten anzzuvertrauen, führt zurück nach Österreich. Man wählt nicht die Parteien, sondern die

Personen (die ohne eine straffe Organisation, ohne Ideologie oder zumindest Konzepte freilich nicht auskommen). Man sucht in ihnen einen Halt, eine Sicherheit — umso mehr, wenn sie aus der Reihe tanzen, wenn sie die Spielregeln außer Kraft setzen. Und sei es nur, indem ein Machtpolitiker als unpolitischer Naturbursch erscheint.

Jetzt fragen Sie: Was hat all das mit politischer Bildung zu tun? Das vorher Gesagte ist die Antwort. Politische Bildung ist eben im Lichte der jüngsten historischen Entwicklung weder die Erkundung der Parteienlandschaft noch das Auswendiglernen der Staatsbürgerkunde.

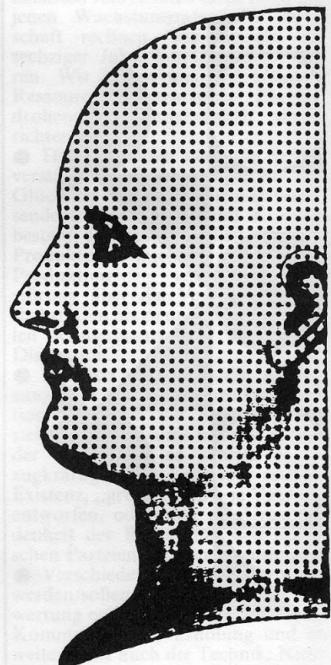
Politische Bildung erhebt einen enormen Anspruch, von dem ich nicht weiß, ob ihn Lehrer, Journalisten (oder irgendwer) überhaupt lehrend, vermittelnd erfüllen können. Schlüssig und einfach ist die Entwicklung einer Witterung, eines Sensoriums für subkutane, unter der Haut liegende Vorgänge verlangt, die einen internationalen und interfakultativen Hintergrund haben.

Lehrplan weiß ich keinen.

Anmerkung 1: Der iranische Wirtschafts- und Ex-Außenminister Abol Bani-sadr hat in Paris das Klima der sechziger Jahre inhaliert. Sein großes Vorbild ist der auf Martinique geborene und 1961 in New York gestorbene algerische Revolutionstheoretiker Frantz Fanon (enge Beziehungen zu Sartre, aber 1952 Facharzt für Psychiatrie in Algerien, Verfechter gewaltamer Revolutionen in der „dritten Welt“, Autor des Buches „Die Verdammten der Erde“).

Anmerkung 2: Golo Mann hat 1978 in einem Vortrag für die westeuropäischen Demokratien (wo die Menschenrechte weitgehend realisiert sind) die Wiederbetonung der Menschenpflichten verlangt.

Anmerkung 3: Ich verweise auf Peter Handkes „Langsame Heimkehr“ — ein Begriff, der nun in vielen Abwandlungen als Titel für Artikel, Reportagen etc. bis in die gemeinsame Presse hinein auftaucht.



„TOLERANZ UND ZIVILCOURAGE – DA HAPERT'S“

Was für ein seltsames Bild, das da in Schüleraufsätzen oder bei Straßenbefragungen oft auftaucht, wenn zum Beispiel nach Adolf Hitler gefragt wird. Da erscheint Hitler als eine Art Batman, als Erbauer der Autobahn, als Beender der Arbeitslosigkeit. Man hört's, man liest es — und man fragt sich: Was ist eigentlich an Aufklärungsarbeit geleistet worden, um unsere jüngere Vergangenheit verständlich zu machen? Und es drängt sich auch gleich die Frage auf: Wenn Zeitgeschichte als ein Teil der politischen Bildung offensichtlich so vernachlässigt wird, wie schaut es dann mit der politischen Bildung überhaupt aus?

Vor zehn Jahren im August 1969 sprach Univ.-Prof. Norbert Schausberger bei einer Arbeitstagung über „politische Bildung“ für Lehrer an allgemeinbildenden höheren Schulen von einem „etwa zehnjährigen Rückstand“, den wir hier gegenüber dem westlichen Ausland aufzuholen hätten. Und wenn man heute den steirischen Landesjugendreferenten und Präsidenten des Landesschulrates, Eduard Moser, nach einer Bilanz der politischen Bildung fragt, zehn Jahre nach diesem Befund eines Rückstandes, dann antwortet er: „Der Begriff politische Bildung ist zum Teil noch immer negativ besetzt. Andererseits aber gibt es den Wunsch nach einem Engagement für die Politik.“ Und Prof. Moser weist darauf hin, daß die Angst vieler Eltern, politische Bildung könnte als Parteipolitik verstanden werden, verständlich sei.

Tatsächlich hat es ja den Zusammenhang zwischen Pädagogik und Politik immer gegeben — auch wenn man sich um eine Klarlegung dieses Zusammenhangs gedrückt hat. Es gibt nämlich gar keine „unpolitische“ Erziehung.

So gab es in der Monarchie die „Bürgerkunde“, in der Ersten Republik orientierten sich die Pädagogen mit der „staatsbürgerlichen Erziehung“ an der Verfassung, in der Ara des Nationalsozialismus gab es eine Gemeinschaftserziehung mit dem Hintergrund „Menschenformung und Typenzucht“ und nach dem Zweiten Weltkrieg begannen wir wieder mit der staatsbürgerlichen

Erziehung, erweitert um den Partnerschaftsaspekt.

Nur ein Beispiel für das Ziel der „Bürgerkunde“ in der Monarchie. In einem „Vaterländischen Ehrenbuch“ aus dem Jahr 1877 fand ich im Vorwort folgende bezeichnende Passage: „Wie die Denkmale aus Stein und Erz, welche dankbare Fürsten oder Völker ihren großen Männern errichten, nicht allein ein Zeichen des Lohnes für deren Thaten sind, sondern auch als Vorbilder für kommende Geschlechter hingestellt werden, so müssen Geschichtswerke auch zu Denkmälern werden, welche große Leistungen auf die späteste Nachwelt übertragen. Diese Denkmale müssen von den Lehrern des Volkes in das Herz der Jugend versenkt, in ihrem Geist tief eingeprägt werden, damit sie gehegt und gepflegt werden gleich einem kostbaren Schatz, dessen Besitz mit Stolz erfüllt und in Zeiten allgemeiner Gefahr mit Nutzen für das Vaterland vererbert werden kann.“

Damals brauchte man den tüchtigen, loyalen Untertanen, der im Bedarfsfalle mit dem Ruf „Serbien muß sterben“ in den Tod marschierte. Später starben Österreicher in allen Teilen der Welt, weil ein „Führer“ behauptet hatte, daß sein Volk „Raum“ brauche.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich dann allmählich durch, daß die Demokratie nicht so sehr den notfalls sterbebereiten Untertanen brauche, sondern den „mündigen Menschen, der autonom und mit kritischem Bewußtsein zur persönlichen Verantwortung für die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben befähigt und bereit ist“.

Das Unbehagen an der politischen Bildung ist aber nach wie vor da, denn **was** der mündige Mensch ist und **wie** er im Zweifelsfall zu agieren hat, das möchten allzugern die Parteien bestimmen.

Eduard Moser bestätigt diese Tendenzen: „Ja, das gibt's natürlich. Es gibt immer wieder Politiker, die sich auch bei der politischen Bildung fragen: Und was schaut heraus dabei für uns?“ Und so passiert es, daß ein „wesentliches Anliegen der Schule“, wie es Professor Moser formuliert, „noch immer in den Anfangsgründen steckt“.

Dabei gibt es recht schöne Texte, wohlformuliert und geeignet zum zustimmenden Nicken beim Durchlesen.

So heißt es zum Beispiel in einem Erlaß „politische Bildung“, der vom Unterrichtsministerium am 21. August 1978 herausgegeben wurde: „Politische Bildung in den Schulen wird davon auszugehen haben, daß die politische Sphäre im Zeichen von Wertvorstellungen steht. Friede, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind Grundwerte, auf denen jede menschliche Gesamtordnung und somit jedes politische Handeln beruhen müssen. Dabei muß aber bewußt bleiben, daß die Grundwerte oft in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen und daß auch bei gleichen ideellen Ausgangsvorstellungen verschiedene Auffassungen über die Verwirklichung dieser Ideen in einer bestimmten Situation bestehen können.“

Oder: „Politische Bildung soll den Schüler befähigen, gesellschaftliche Strukturen in ihrer Art und ihrer Bedingtheit zu erkennen (Interessen, Normen, Wertvorstellungen; Herrschaft, Macht, Machtverteilung; politische Institutionen).“

Oder: „Politische Bildung soll das Denken in politischen Alternativen schulen und dabei zu einer toleranten Einstellung gegenüber dem politisch Andersdenkenden führen.“

Und das alles soll als „Unterrichtsprinzip“ in der Schule verwirklicht werden. Das heißt: Jeder Lehrer soll in seinem jeweiligen Fach die Schüler zu diesen Prinzipien hinführen.

Dazu Eduard Moser lächelnd: „Das klingt natürlich sehr schön, ist aber in der Praxis schwer zu verwirklichen.“

Er fügt aber hinzu, daß es für alle Fächer bereits Lehrbehelfe gebe: „Niemand hat die Ausrede, er habe nichts, aber es ist sicher noch zu weni.“

Nun zu den erwähnten Grundwerten. Moser meint, es gäbe da natürlich einen „maximalen Konsens“. Wer wäre nicht für Friede, Freiheit und Gerechtigkeit. Meinungsunterschiede könnten höchstens noch beim Begriff Gleichheit entstehen.

Und gibt es noch andere Werte, die

POLITIK & BILDUNG: GEGENSATZ ODER GEGENSEITIGE BEDINGUNG?

Der Begriff der „politischen Bildung“ eignet sich in vorzüglicher Weise dazu, zu einem beliebten Thema politischer Sonntagsreden zu geraten. Es handelt sich erstens um ein allgemein anerkanntes Ziel, ohne daß man immer so genau überlegen müßte, wie es zu erreichen sei; zweitens um einen so allgemeinen Begriff, daß jeder sich das darunter vorstellen kann, was er für wichtig hält; drittens um ein Vorhaben, von dem nicht ernstlich erwartet werden muß, daß es tatsächlich angegangen wird.

Ich werde im folgenden versuchen, nur einige mit der politischen Bildung in Zusammenhang stehende Problemkreise zu diskutieren. Es soll versucht werden, beispielhaft Inhalte und Nicht-Inhalte zu illustrieren; politische Bildung soll im Zusammenhang einer „praktischen Vernunft“, einer Verbindung von Sach- und Wertüberlegungen betrachtet werden; schließlich soll die Frage gestellt werden, in welchem Rahmen politische Bildung in einer Gesellschaft wie der unseren steht und was sie in einer Situation der „Zeitenwende“ sein könnte.

1. Erkenntnis und Kritik: Was kann politische Bildung sein?

Politische Bildung soll dazu verhelfen, Einsicht in Strukturen und Geschehnisse des politischen Bereichs — in einem umfassenden Sinne verstanden — zu gewinnen. Diese einfache Forderung wird dennoch nicht selten mißverstanden; sie wird rezipiert von einer schulmeisterlichen Haltung der Wissensvermittlung, von einer pragmatischen Hoffnung auf parteipolitische Verfügbarkeit, von einer intellektuellen Esoterik der Abstraktion, von einer theorielosen Beschreibungsattitüde. All diese Dinge spielen eine gewisse Rolle, machen aber nicht den Kern des Begriffs aus.

Politische Bildung ist nicht nur eine Lehre von den Institutionen des Staates, dem Weg der Gesetzgebung, den Grundzügen der Verfassung, sondern muß sich als eine Lehre davon erweisen, was in diesen Einrichtungen tatsächlich geschieht, wie etwa wirklich Gesetze zustande kommen und die Verfassung gesichert wird.

Politische Bildung ist nicht eine abstrakte Diskussion über Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Demokratie usw., sondern eine Umsetzung von Werten in konkrete Problembereiche, eine Frage daran, wie Probleme unserer Gesellschaft im Bewußtsein von Zielen gelöst werden können.

Politische Bildung ist nicht die Vermittlung parteitreuen Ideengutes, sondern bedeutet ein kritisches Nachdenken über alle vorgelegten Schlagworte, Programme, Vorhaben.

Politische Bildung ist keine praktische Rezeptur für Problemlösungen, auch nicht dafür, wie man an die Macht gelangt oder sie behält, sondern eine Überlegung darüber, wie man zu Problemlösungen kommt, was Macht ist, und welche Rolle sie in der Demokratie spielt usw.

Politische Bildung ist keine nachgeholtte Geschichtsstunde, keine Sammlung von Zahlen/Daten/Fakten, sondern das Erwerben der Fähigkeit, politische Probleme zu erkennen, nach Lösungswegen zu suchen, dies alles vor dem Hintergrund politischer, historischer, sozialer, ökonomischer Information.

Um diese Aussagen zu konkretisieren: Wesentlicher als die Vermittlung eines genauen Wissens darüber, was bei den drei Lesungen eines Gesetzentwurfs im Parlament genau geschieht, ist die Vermittlung des Problembewußtseins hinsichtlich der Frage, welche Rolle das Parlament wirklich spielt, wenn die politische Entscheidung bei den Parteien und die technische Kompetenz bei der Bürokratie liegt. Wesentlicher als die Diskussion darüber, ob Freiheit und Gleichheit einander entgegengesetzte Begriffe sind oder einander bedingen, ist die Frage nach der Realisierung dieser Begriffe in konkreten Sozialbereichen: Was wird im Wohnbau mehr geschützt: die Freiheit des Bürgers oder die Macht der Genossenschaften? Es ist auch nicht Aufgabe der politischen Bildung, dem Angehörigen der Partei vorgeformte Antworten bereitzustellen, die ihm „in allen Lebenslagen“ die passenden Stellungnahmen liefern; eher besteht sie darin, über den Begriff „Partnerschaft“ im Programm der X-Partei

oder den Begriff „Soziale Demokratie“ im Programm der Y-Partei nachzudenken. Wesentlicher als die Beantwortung der Frage, wer der erste christlich-soziale Politiker war, der dies oder jenes getan hat, ist etwa die Beantwortung der Frage, auf welchen traditionellen Grundlagen etwa eine Politik aufbauen kann, die die sozialen Kosten der Marktwirtschaft bei Beibehaltung der Vorteile dieses Systems eindämmen möchte. Aus der politischen Bildung sind auch keine Kochrezepte („Man nehme...“) über Wahlgewinne abzuleiten, sondern bestenfalls Fragen zu überlegen, die sich etwa auf das Verhältnis des „Dorfkaisers“ zur Demokratie und zum Rechtsstaat beziehen.

Diese Liste kann sehr lange fortgesetzt werden. Deutlich soll jedoch nur werden, daß politische Bildung kein bequemes Instrumentarium zur Vergatterung von Anhängern, kein nachgeholt Schulkursus, keine elätere Selbstbefriedigung, kein harmloses Forum für gescheite Schwätzer sein kann, sondern ein kritisches Potential darstellt, einen Prozeß mit offenem Ausgang, eine Verklammerung von Werten und Sachproblemen, eine Reflexion über unbefragte Grundlagen des Handelns, ein unbefriedigtes Suchen nach Lösungen und — genauso wichtig — nach Lösungswegen.

2. Wissen und Entscheidung: Sind Wissenschaft und Politik Gegensätze?

Es gilt heute: Politik hat mit Werten, Zielen, Entscheidungen, dem Menschenbild zu tun; Fachwissen hat zu tun mit vorgegebenen Zielen und der Ermittlung der geeigneten Mittel dazu. Politik kümmert sich um technisches Wissen nur, soweit unumgänglich nötig; Fachwissen kümmert sich um die Zielsetzungen, für die es tätig ist, gar nicht. Politische Bildung kann daher nur in der objektiven Vermittlung von Tatsachen oder in der mehr oder minder linientreuen Seelenmassage von Parteigängern bestehen. Ich glaube, daß diese Sicht der Dinge unzureichend ist.

Wir leiden heute an einem Mangel einer „praktischen Vernunft“, die eine Verklammerung von Wertset-

EIN EXPERIMENTIERFELD FÜR NEUE FORMEN DER POLITIK

Die Themenstellung „Politische Bildung in der Erwachsenenbildung“ ist eine Versammlung österreichischer Un-Worte. Worte, die bei vielen Österreichern unangenehme Gefühle hervorrufen. Politik wird bei uns allerorts mit Parteipolitik gleichgesetzt, und diese mit Freundenwirtschaft, mit dem Beharren auf Standpunkten und stereotypen, nicht recht verständlichen Angriffen auf den politischen Gegner. Auch der Begriff Bildung ist eher negativ besetzt, zumindest ist es nicht immer gut, zuviel oder überhaupt welche zu besitzen. Politische Bildung addiert diese Unlust: Propaganda, Indoctrination, Schönfärberei bzw. Rufmord. Erwachsenenbildung schließlich ist ein Begriff, der nie aus der Retorte der Wortschöpfer herausgekommen ist.

Erwachsenenbildung kämpft an gegen vielfache persönliche Erinnerung: Nach dem Abschluß quälender Schuljahre will niemand so recht zurück zu Schulmief, Frontalunterricht und der Frage „Wozu eigentlich das Ganze?“. Bei der **beruflichen Erwachsenenbildung** tut man sich das noch am ehesten an. Die Kurse des Berufsförderungsinstitutes (BFI), des Wirtschaftsförderungsinstitutes (WIFI) und des ländlichen Fortbildungsinstitutes (LFI) sind zu allen Zeiten von Karrierekletterern gut besucht. Wirtschaftliche Krisenzeiten steigern diese Zahlen. Über den Anteil politischer Bildung in diesem berufsbildenden Bereich kann ich nur Vermutungen anstellen. Sie dürfte eher subkutan verabreicht werden, etwa durch die Auswahl der Trainer, der wirtschaftlichen Vorgänge oder auch der Firmen, die als Beispiele im Unterricht herangezogen werden; schließlich durch die gezielte Weitervermittlung von Stellensuchenden, die Kurse abgeschlossen haben. Sicher ist das vielfach politische Bildung nur in einer atmosphärischen Form. Aber gerade die Angst vor Arbeitslosigkeit oder allgemeinen, teilweise auch persönlichen Umstellungen macht die Menschen dafür empfänglich.

Die **allgemeine Erwachsenenbildung** hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Vor der elektronischen Revolution hieß sie noch Volksbildung und hatte einen allge-

meinbildenden, mit Unterhaltung vermischten Anspruch. Im wesentlichen trat sie in Form von Vorträgen und Kursen auf. Das Vortragswesen wurde seither vom Fernsehen mehr oder weniger torpediert. Handgeknipste Lichtbilder sind gegen aufwendig gemachte Dokumentationen eben immer zweite, und idealistische Vortragende, die in Nacht und Nebel in die Dörfer reisen, ziehen gegen die klingenden Namen der Fernsehstars den kürzeren. Die **allgemeinen Bildungswerke** (Volksbildungswerke, katholische und evangelische Bildungswerke) haben unter dieser Entwicklung gelitten. Wesentlich besser präsentieren sich die **Volkshochschulen** mit ihren Kurssystemen. Hier konnte das Fernsehen nicht mithalten, bei Sprachkursen und ähnlichem nicht, weil die Konzentration im Familienverband nie besonders hoch sein kann, und bei handwerklichen, Bastel- oder Nähkursen natürlich auch nicht. Die finanziell durch die Arbeiterkammern gut ausgestatteten Volkshochschulen konnten also ihre Vorrangstellung beim Kurswesen halten und ausbauen. Bildungswerke, von Kirchen, Landesregierungen und dem Unterrichtsministerium wesentlich schwächer finanziert, halten zwar auch Kurse ab, aber viel weniger. Der breite Bereich des Kurswesens bietet, ebenso wie die berufliche Erwachsenenbildung, vielfältige Möglichkeiten für unaufdringliche politische Bildung. Daß die Arbeiterkammer diese Möglichkeit immer schon begriﬀen hat, zeigt sich aus den steigenden Bildungsbudgets für die Volkshochschulen.

Die Bildungswerke haben nun in den letzten Jahren ein Aufgabengebiet entdeckt, das ihr langsames Absinken zur Bedeutungslosigkeit gestoppt hat: die **Gemeinwesenarbeit**. Gemeinwesenarbeit ist im weitesten Sinne politische Bildung und geht von drei Voraussetzungen aus:

— Die Menschen durchschauen die komplizierten Zusammenhänge des heutigen Lebens nicht mehr. Was früher (vielleicht) offensichtlich und klar war, ist es heute nicht mehr. Die produzierende Gesellschaft von früher bewegt sich rasch auf eine Dienstleistungsgesellschaft hin, mit Arbeitsvorgängen, die oft abstrakt

und parasitär wirken. Der direkte Bezug zum Geld und damit die Einstellung zur Wirtschaft im allgemeinen ist verlorengangen, seitdem es nicht mehr verfolgbar ist, wie Steuergelder nach dem Umweg über reibungsverlustreiche Mechanismen der öffentlichen Hände wieder zum eigenen Nutzen zurückkommen. Von Versicherungen aller Art wird uns in bestem Fachchinesisch ständig versichert, daß wir dankbar sein sollten, wenn wir uns von ihnen so bedient fühlen.

— Die Menschen sind nicht kreativ genug. Kreativität ist in das Monopol von Forschungsinstituten, Denkfabriken und eben wieder Expertenkommissionen übergegangen. Kreativität stört die Ordnung des Alltags und der großen Betriebe. Spielerische Kreativität gerät mit den peinlich überwachten Ressortgrenzen der arbeitsteiligen Gesellschaft in Konflikt — welcher Fachmann läßt sich von einem Laien etwas sagen? Lockere Kreativität taucht immer zur falschen Zeit in den präzis geplanten und genau kontrollierten Zeiteinheiten der Leistungsgesellschaft auf — hat man nichts Besseres zu tun als zu träumen?

— Die Menschen sind zu passiv geworden. Man wartet, bis die „Zuständigen“ agieren. Kommt das nicht oder zu spät, so schluckt man seinen Ärger hinunter, bestenfalls schreibt man seiner Zeitung. Und die Zeitung hat dann ihren Ombudsman, der einem weitere Aktivitäten abnimmt. Die wenigen Aktivisten verirren sich im Dschungel der Kompetenzen, werden zu Querulanten abgestempelt, und wenn sie der heilige Zorn über eine persönliche Ungerechtigkeit nicht mehr treibt, geben sie rasch auf. „Nur — nicht — auffallen“ bringt mehr Erfolg als die Aktion.

Diese drei Komponenten ergänzen, nähren und verstärken sich gegenseitig. Und natürlich gibt es dann noch viele Erscheinungen, die diesen Kreislauf abrunden und seinen Sog verstärken. Die Reduktion der musischen Fächer in den Schulen; die Zunahme der das Sicherheitsgefühl befriedigenden pragmatisierten Beamtenposten; das Anwachsen der psychischen Erkrankungen mit allen Folgeerscheinungen. Und natürlich:

der immer weiterwuchernde Einfluß der politischen Parteien in allen Bereichen des täglichen Lebens.

Die Politik im heutigen Österreich ist besonders gekennzeichnet von der Sehnsucht der Menschen nach Sicherheit. In einer Zeit sich überschlagender technologischer, ökonomischer und sozialer Entwicklungen ist das kein Wunder. In der Praxis heißt es: einer einmal bewährten politischen Mehrheit wird immer weiter das Vertrauen gegeben. Und zwar — „solange sie nicht silberne Löffel stiehlt“ — bei jeder Wahl mit kleinen Stimmengewinnen. Der sogenannte Kanzler-, Landeshauptmann- oder Bürgermeister-Bonus. Der Wechselwähler, früher das hochgejubelte Ideal des mündigen Bürgers, hat sich als Opportunist auf den verschiedenen politischen Ebenen entpuppt. Er schlägt sich zur mächtigeren Gruppe. Nicht sofort, das zeigen die wachsenden Zahlen der Nichtwähler unter den Erstwählern. Aber soweit geht deren Skepsis auch nicht, daß sie gleich die jeweilige Opposition wählen würden; sie scheinen zu warten, bis sich die zahlungskräftige Mehrheit mit einem guten Angebot bei ihnen einstellt.

Nicht nur vor Wahlen rentiert sich die Fähigkeit einer Führung, sich etwas leisten, bezahlen zu können, wo die Opposition nur versprechen kann. Im politischen Alltag bedeutet das, daß sich eine Regierung gute Leute kaufen kann und daß diese wieder eine Anziehungskraft auf andere gute Leute ausüben, während die Opposition dahinvegetiert. Durchaus nicht verbessert wird die Situation dadurch, daß damit der politische Konkurrenzkampf auf die Ebene der Gebietskörperschaften verlegt wird, zumindest dort, wo zwischen den Gemeinden, den Ländern und dem Bund Farbunterschiede bestehen. Das Ansammeln von Ideenproduzenten und Machern durch die jeweiligen Mehrheitsgruppierungen scheint allerdings nicht immer ein Vorteil zu sein und häufig zu innerparteilichen Fehden, Energieverlusten und Verknöcherungen zu führen. Insgesamt ist es schwer zu sagen, ob etwa ein politisches Klima wie in England, bei dem die Mehrheiten zwischen den beiden politischen Großparteien wechseln können und auch wechseln, effektiver ist als das stationäre österreichische System. Wahrscheinlich ist die Umpolungsphase nach einer Wahl (Rückgängigmachen und Neubeginnen) kostspielig. Andererseits bringt das österreichische System die jeweilige Mehrheitspartei auf einen pragmatischen Mittelkurs; und pragmatische Politik auf der einen Ebene macht oppositionelle Ideen auf der anderen Ebene eben unglaublich. Bevor die je-

weilige Opposition sich mit der jeweiligen Mehrheit anlegen kann, geht sie schon mit den eigenen Parteifreunden, die auf anderer Ebene eine Mehrheit bilden, in Widerspruch. Dieser Zustand macht die Politik der beiden Großparteien pragmatisch und ähnlich und behindert bis zu einem gewissen Grad ihre weitere Entwicklung.

Die allgemeine Erwachsenenbildung wird deshalb seit einiger Zeit von den offeneren Politikern in beiden großen Lagern als ein Experimentierfeld für neue, **alternative politische Vorstellungen** und Methoden betrachtet. Dabei stellt man auch eine veränderte Interpretation des Begriffes „Bildung“ fest. Vieles bei der traditionellen Erwachsenenbildung beschränkt sich ja auf Information. Die Beispiele dabei waren abstrakt, von Einüben war keine Rede. Die heutige Bildung ist Anregung und Vorbereitung einer Entwicklung; Information und Aktion gemischt, Lernen nicht am konstruierten Beispiel, sondern an sich selbst oder an seiner eigenen Umwelt. Politische Bildung heute ist nicht mehr Verfassungslehre, sondern etwa angewandte Kommunalpolitik. Politisches Gestalten im und am eigenen Bereich, das sich aber — wie bei der Atom-Volksabstimmung — durchaus mit nationalen und internationalen Weichenstellungen befassen kann.

Gemeinwesenentwicklung ist also das **Lernen politischen Gestaltens**. Die Erwachsenenbildung muß dazu Zusammenhänge im öffentlichen Bereich klarlegen, natürlich auch im sozialen, technologischen und ökonomischen. Das muß recht verständlich geschehen und sollte mit eigener Recherchierarbeit durch den Lernenden gekoppelt sein. Es gilt, Beziehungen aufzuspüren, Probleme zu entdecken und die damit verbundenen Konflikte zu orten. Zweite Stufe: Es werden Lösungen gesucht. Durch Befragung kompetenter Leute, durch Brainstorming unter Laien oder durch kreative Spiele, um „auf etwas ganz anderes“ zu kommen. Diese Lösungen müssen dann wieder geordnet, bewertet und gereicht werden. Verschiedene Lösungen werden prozeßhaft gekoppelt und zu Strategien verknüpft. Diese schließlich, drittens, muß man nun in die Tat umsetzen, konkretisieren. Jeder Beteiligte übernimmt eine Rolle, einzeln oder in Gruppen. Der Erwachsenenbildner, als Begleiter solcher Aktionen, hat sich vom anfänglichen Informator zum Animator gewandelt. Er ist Trouble-shooter geworden, muß schauen, daß nichts steckenbleibt, daß keiner die Lust verliert, daß neue Leute dazustößen. In vielen Fällen wird er am Ende der

Aktion unbedacht sein, manchmal sogar vergessen. Die Beteiligten haben die Aktion zu ihrer Aktion gemacht, zu einem Teil ihres persönlichen Lebens, und haben ganz vergessen, daß es ursprünglich ja „nur“ eine Bildungsveranstaltung gewesen ist. Aber war es das je?

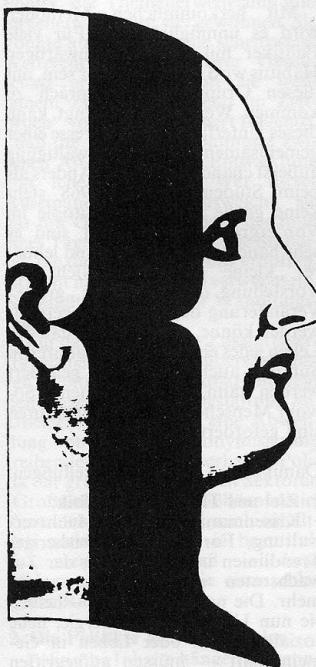
Der politische Aspekt der Gemeinwesenarbeit ist unverkennbar. Das sieht man an der **Subventionspolitik**. Natürlich sind die Bildungswerke aller österreichischen Bundesländer unabhängig. Einem österreichischen Schicksal folgend, muß man aber hierzulande zu einer der beiden Reichshälften tendieren oder wird ihr zumindest zugezählt. Die freien Bildungswerke aller österreichischen Bundesländer tendieren, mit Ausnahme Wiens, zur österreichischen Volkspartei. Während die Bundeszuschüsse des Unterrichtsministeriums seit 1970 de facto von Jahr zu Jahr abnehmen, haben die Länder ihren Bildungswerken immer mehr gegeben (Kärnten und Burgenland schauen dabei natürlich durch die Finger). Andererseits fördert das Unterrichtsministerium über die budgetmäßig nicht so fixierte Projektförderung freie Gruppen in den Ländern, wie etwa die Kulturinitiative oder das Dramatische Zentrum. Die ÖVP muß sich bei den freien Gruppen bescheidener geben.

Die Frage ist, wie weit diese Investitionen partizipatisch etwas bringen. Natürlich kann der Erwachsenenbildner als Informator oder Animator politische Vorstellungen einbringen. Aber viele Bürger- und Projektgruppen entwickeln Eigenschaftlichkeiten, entwickeln z. B. politische Vorstellungen und Wünsche, die sich gegen den Geldgeber selbst wenden. Schöpferische politische Prozesse, man könnte sagen: Experimente, sind eben in ihrem Verlauf nie ganz absehbar. Aber zum Abhören von Stimmungen und Trends sind sie trotzdem wichtig, auch zum Herausarbeiten von vornherein nur theoretisch erörterten Konflikten.

Zusammenfassung: Erwachsenenbildung ist in den letzten Jahrzehnten ungeheuer vielfältig geworden. Das Fernsehen hat den klassischen Erwachsenenbildungseinrichtungen viel von ihrem Glanz genommen. Auch die Parteien, Körperschaften und großen Institutionen haben eigene Bildungsabteilungen gegründet, allerdings oft nur zur gehobenen Werbung. Über diese Kanäle wird viel politische Information und politische Beeinflussung geleitet. Weniger direkt, eher atmosphärisch vollzieht sich politische Beeinflussung bei den Kursen der beruflichen und sonstigen Weiterbildung. Politische Bildung im Sinne von gemeinsam

Entwickeln und Einüben politischer Verhaltensweisen gibt es nur in der allgemeinen Erwachsenenbildung.

Die Bildungswerke und junge, freischwebende Gruppen betrachten sich bis zu einem gewissen Grad als Experimentierfeld für neue Formen in der Politik. Mit Gemeinwesenarbeit bezeichnen sie einen Bildungs- und Arbeitsprozeß mit Gruppen von betroffenen Bürgern. Diese Gruppen nehmen sich, zusammen mit Mitarbeitern aus der Erwachsenenbildung, Probleme aus ihrem eigenen Lebensbereich vor. Zunächst versuchen sie, Zusammenhänge herauszuarbeiten und Probleme zu erfassen. Dann werden in einer Kreativitätsphase Lösungen gesucht. Bei der Umsetzung dieser Lösungen in die Praxis wird jeder Beteiligte aktiv eingebunden. Zuerst Informator, hat sich der Erwachsenenbildner im Laufe des Arbeitsprozesses langsam zum Animator gewandelt. Die Ergebnisse des Prozesses sind konkret und greifen in die Politik des jeweiligen Bereiches ein. Sie sind lebensgroße Modelle möglicher politischer Methoden. Als solche werden sie in vielen Fällen von den politischen Parteien, Körperschaften oder Institutionen übernommen.



Peter Rabl

MEDIEN — EINE PERMANENTE ERWACHSENEN- BILDUNGSISTITUTION

Medien und politische Bildung — das ist für einen Journalisten ein verflixtes Thema. Birgt es doch die Gefahr, sehr bald unglaublich zu argumentieren.

Daher gleich das Bekennen: Weder die Medien an sich noch das eigene Blatt, noch man selber erfüllen auch nur annähernd die anschließend theoretisch abgehandelten Ansprüche: Nehmen wir's da vielleicht so wie bei der vieldiskutierten Objektivität, die auch nur in Annäherung erreichbar, aber seriöserweise ständig anzustreben ist.

Medien haben mit politischer Bildung wohl sehr viel zu tun. Wenn sie schon nicht die Grundschule in diesem Fach liefern können, so sind sie doch sicher eine permanente Erwachsenenbildungsinstitution.

Ob durch die nackte Information über politische Vorgänge und Entscheidungen, ob durch Aufhellung von Hintergründen und Querverbindungen, ob durch kritische Kommentierung — die Medien liefern den Stoff, aus dem politische Weiterbildung kommt. Ja, ermöglichen in Wahrheit überhaupt eine inhaltliche Auseinandersetzung mit politischen Vorgängen innerhalb und außerhalb des eigenen Landes.

Nicht nur weil man selber vorwiegend schreibender Journalist ist, ist dabei die Funktion der gedruckten Medien sicherlich höher einzustufen als die der großen elektronischen Brüder Radio und Fernsehen. Ebenso wenig wie diese beiden das Buch als Bildungsinstrument ersetzen können und dürfen, reichen sie auch in politischer Information und Bildung als Träger aus.

In ihrer Wirkung sind die Medien freilich gerade als Mittel politischer Bildung durchaus beschränkt. Das liegt zum einen sicher am Image, das hierzulande Journalisten und Journalismus an sich haben — ein denkbar schlechtes nämlich, und das nicht ganz in diesem Ausmaß verdient.

Das liegt an teilweise bedrückendem Bildungsmangel vieler — auch politischer — Journalisten, die demnach als Bildungsträger von beschränktem Wert sind.

Das liegt an den Marktwängen speziell bei den gedruckten Medien, die qualitativ hochstehende politische Information zugunsten reißerischer Boulevardinhalte zurückdrängen.

Das liegt schließlich auch an der Qualität des österreichischen Medienkonsumenten, der ernsthaften politischen Information weniger schätzt als Personalspiele und Skandale.

Und alle voran genannten Symptome bedingen einander und schaukeln einander ständig auf.

Mehr politische Bildung an den Schulen, mehr Ausbildung der Journalisten könnte vielleicht langfristig diese Zustände ändern. Daß solche Änderung zum Besseren notwendig und überfällig wäre, bedarf wohl keiner breiten Argumentation.

Fraglich ist nur, wie weit tatsächlich in diesem Land der kritische Staatsbürger, der kritische Journalist, das wirksame Medium von den politisch Mächtigen gewünscht wird. Wie weit in der Folge auch politische Bildung so ein intensives Anliegen ist, wie es in der Diskussion oft dargestellt wird.

Aber das geht letztlich ja schon wieder zurück an den politischen Journalisten: Unsereiner hat sich nicht nur theoretisch, sondern vielmehr auch in seiner praktischen Arbeit mit dem Problem der politischen Bildung zu beschäftigen.

EINE NOTWENDIGE UND CHANCENREICHE SISYPHUSARBEIT

Viel ist in den letzten Monaten von der sogenannten Parteienverdrossenheit der Jugend die Rede. Ganz anders als zu Zeiten der „Studentenrevolte“ Ende der sechziger Jahre, bei der der aktive Teil der jungen Generation Vorreiter einer weitgehenden Erneuerungsbewegung unserer Gesellschaft war, sind die Jugendlichen, so sie überhaupt hervortreten, heute Bannenträger gesamtgesellschaftlicher Resignation oder einer „Aussteigergesellschaft“. Woran mag diese oft als pessimistisch und apolitisch gedeutete Haltung wohl liegen? Und: Wie können Politik und politische Bildung dazu beitragen, daß sich die Kluft zwischen etablierter und junger Welt wieder schließt bzw. damit die zahlreichen positiven allseitigen Antriebskräfte zu einer „Verbesserung unserer Gesellschaft“ nutzbar gemacht werden können?

14 Zuerst zur Diagnose.

Da ist zum einen die Enttäuschung über das Versanden der großen Reforminitiativen Ende der sechziger Jahre — Anfang der siebziger Jahre. Ohne das Gefühl für das rechte Maß wurden zu große Hoffnungen geweckt, die zwangsläufig enttäuscht werden mußten. Daraufhin schlug — getragen von einer mehr als seltsamen Koalition derer, die ohnehin stets nur auf Bewahrung hingestellt waren, und der Technokraten (= Macher ohne Reformperspektive) sowie der von der Reformentwicklung Frustrierten — das Pendel um. In jene Richtung, die sagte, es seien keine Reformen mehr möglich, ja sie seien von Übel.

Da ist zum anderen eine zum Politischen korrespondierende gesellschaftliche und wirtschaftliche Stimmung der allgemeinen Zukunftsangst. Die wachsenden Arbeitsplatzprobleme oder die immer drängenderen Bedrohungen des ökologischen Gleichgewichts ließen weithin die Sorge aukommen, daß sich die Befindlichkeit unseres Planeten und seiner Bewohner nur noch verschlechtern könne. Ein solches Bild, für das man auch objektive Fakten zusammentragen kann, mußte besonders bei der Jugend verstärkend negativ wirken. Wenn die Zukunft so schlecht sein wird, wie schlecht muß

es erst dann den Trägern der Zukunft — den heute unter 25jährigen — gehen.

Die aufgezeigten Tendenzen haben einen großen gemeinsamen Nenner — das allgemeine Sinnproblem unserer Gesellschaft. Es fehlen weithin glaubwürdige Antworten auf die Sinnfragen unserer Gesellschaft. Die Grenzen des puren materialistischen Fortschrittskonzepts — und insbesondere seine fatalen Nebenwirkungen — sind allzu sichtbar geworden. Weder „neulinke“ Patentrezepte noch „neokonservative“ Schlagworte, deren Inhalt entweder nicht vorhanden oder mehr als zweifelhaft ist, können als überzeugende Rezeptionen und Orientierungspunkte dienen.

Angesichts dieser Symptome könnte man leicht zu kurzsinnigen Fehldiagnosen und insbesondere zu daraus resultierenden falschen Therapien verleitet sein.

Es ist aber sicher nicht so, daß wir unabwendbar einer apokalyptischen Situation zusteuern müssen.

„Wohlstand“ und „Fortschritt“ sind nur dann von Übel, wenn sie falsch genutzt werden oder als Selbstzweck ungesteuert wirken.

Und speziell zu unserem Thema: Hohe Wahlenthaltungen der jungen Wähler bei allgemeinen Urnengängen (bis 40 Prozent), die Abkehr von traditionellen Institutionen und Parteien müssen als keine generelle Demokratie- und Gesellschaftsverdrossenheit aufgefaßt werden. Der bekannte Grazer Verfassungsrechtler Prof. Wolfgang Mantl schreibt im Gegenteil in den „Steirischen Berichten“ III/79 zu diesem Thema u.a.: „Das Wort Demokratieverdrossenheit trifft die Gegenwartsprobleme nicht präzis, die Menschen wollen nicht weniger oder gar keine Demokratie, sie wollen sogar mehr Demokratie, was immer das heißen mag... Die Verdrossenheit richtet sich nicht gegen die Demokratie, sondern gegen Parteien, Verbände und Bürokratien, gegen die in diesen Bereichen berufsmäßig tätigen Personen, gegen die Funktionäre.“

Dies sei diesem Zitat hinzugefügt: Es besteht ganz besonders in der jungen Generation auch eine Verdrossenheit an den Themen der Politik,

die nur in den Alltagsbewältigungen steckenbleiben scheinen und neue Fragestellungen ungenügend aufgreifen,

nicht klarmachen, daß es der Politik eigentlich um eine „bessere Welt“ geht,

die nicht zeigen, welche Konturen diese haben könnte, welche Wege zu ihr führen.

Das breite Engagement der Jugend gegen Zwentendorf (vielleicht für ein Zeitwendendorf), die beeindruckende Bereitschaft, „konkrete Projekte in Menschenrechts- oder Sozial- und Entwicklungshilfsfragen durchzuführen bzw. sogenannte Alternativen zu leben“ — dieses enorme Potential wäre sicherlich ansprechbar. Es ist die Pflicht einer vorausschauenden verantwortungsbewußten Politik, die Kreise anzusprechen.

Mit herkömmlichen Methoden wird es unmöglich sein. Für viele Politiker mit ihrem gegenwärtigen Habitus wird es auch schwer sein, mit diesen Gruppen ins Gespräch zu kommen. Wenn es aber gelingt, kann dieses Unterfangen im Interesse einer gemeinsamen Zukunftsbewältigung äußerst chancenreich sein: Anders als beim Studentenprotest 1968 steht keine große Gesellschaftsutopie im Vordergrund, sondern oft sind es sehr handfeste, vielfältige und lebbare „kleine Utopien“. Nicht die Vorstellung, daß durch eine „große“ Veränderung der Welt alles geregelt werden könnte, sondern jene, daß das Leben jedes einzelnen und dadurch in Summe auch die Welt geändert werden kann, ist beherrschend. Sowohl Menschen als auch Strukturen sind gefordert.

Damit zu den Therapievorstellungen:

1. Ziel und Themen der Politik.

Krisenmanagement, Machtverwaltung, Fortschreibung bisheriger Trendlinien und Verteilung der Zuwachsraten allein genügen nicht mehr. Die neuen Themen — heißen sie nun Umwelt oder Energie, neue soziale Fragen oder Leben in Gemeinschaft — müssen aufgegriffen und integriert werden. Mit einem schroffen Entweder-Oder — hier überkommene Inhalte, dort alternative Politik — wird es nicht möglich sein, den notwendigen neuen Basis-

konsens in unserer Gesellschaft herzustellen. Nicht ein von oben verkündeter Basiskonsens, sondern einer, mit dem sich möglichst viele aktiv identifizieren, ist gefragt. „Sowohl-Als-auch“-Lösungen sind meist erforderlich, wahrscheinlich weniger attraktiv als klare Alternativen, aber korrigierbar und bei ehrlicher Argumentation äußerst konsensfähig. Genauso erforderlich aber ist größtmögliche Offenheit für neue Ideen und Entwicklungen, ist die Bereitschaft, sich dauernd mit ihnen auseinanderzusetzen, sie insbesondere einzubinden und eigene Ansätze laufend zu überprüfen. Diese Position der Mitte, des „Sowohl-Als-auch“ und der Offenheit, verknüpft mit einer realistischen Orientierung auf eine „verbesserte Gesellschaft“ und auf ihre Werte — also eine ehrliche Zukunftsorientierung —, müßte der Jugend das Vertrauen in eine gestaltbare Zukunft geben können (zumal sie sich weithin nicht mit dem Sinnverlust abfindet, sondern sehr intensiv nach dem Sinn sucht).

Vieles muß auch gar nicht neu gedacht, sondern auch bloß gemacht bzw. adaptiert werden (dies gilt besonders auch für jene Themen, die in den sechziger Jahren „hochkarriert“). Mit dieser neuen Phase der Politik, der Themenerweiterung und -erneuerung, wäre viel gewonnen. Sie könnte auch eine stabile schrittweise Weiterentwicklung unserer Gesellschaft erreichen. Denn sie weiß (einem Zitat aus „Jugend im Zeitbruch“ von Klaus Mehnert folgend), „daß die fruchtbare Spannung zwischen Alt und Neu die Entwicklung erst lebendig erhält. Wer dieser Auseinandersetzung ausweicht, sie gar mit Gewalt verhindert, der muß eines Tages dafür zahlen. Die Stabilität, die die meisten von uns erhoffen, ist nicht mit Starrheit zu verwechseln. Stabilität setzt vielmehr Wandlungsfähigkeit voraus.“

Für das zu festigende Zukunftsvertrauen bedarf es einer überschaubaren Politik. Überschaubarkeit regt den einzelnen zur Mitgestaltung an. Überschaubarkeit und eine Abwendung von einer zur Anonymisierung treibenden, unkontrollierbaren Politik der großen Zahl in allen Sektoren (Großtechnologie, Großbürokratie, Zentralismus etc.) sind auch inhaltlich notwendig. Small is beautiful, das menschliche Maß — diese Schlagworte deuten die einzuschlagende Richtung an.

2. Die Politiker und die Parteien

Politische Inhalte hängen untrennbar mit den Politikern und Parteien zusammen. Politiker können nur dann glaubwürdig sein, wenn ihr Reden mit ihrem Handeln und ihrem Leben übereinstimmt. Besonders der

politische Stil (gebrochene Versprechen, gegenseitige Diffamierungen etc.) ist geeignet, Staatsbürger, vor allem junge Leute mit idealistischen Vorstellungen, abzustossen.

Die Politiker- und Parteienverdrossenheit muß, wenn sie nicht in Demokratieverdrossenheit umschlagen soll, zu verstärkten Anstrengungen Anstoß geben. Es muß wieder mehr Ehrlichkeit in der Politik einkehren. Politiker müssen Menschen sein, die nicht so sehr **von** der Politik als **für** die Politik leben. Sie dürfen nicht so sehr Sozialingenieure und Manager sein, sie müssen sich als Beauftragte des Volkes, als Moderatoren und Mittler, als Wertesetzer und Anreger verstehen. So gesehen müssen sie sicherlich auch einen politischen Bildungsauftrag erfüllen.

Parteien sind Instrumente zur Umsetzung organisierten politischen Willens. Ohne Parteien kann unsere Demokratie nicht auskommen. Wenn sich die heutigen Parteien aber nicht ändern und öffnen, werden sie immer weniger Mitarbeiter und Wähler finden, werden sie Konkurrenz bekommen. Es besteht also die Notwendigkeit für sie, organisatorisch und inhaltlich neue Wege zu beschreiten, vorurteilslose Dialoge zu führen, Gruppen und Personen zu unterstützen, ohne sie primär vereinnehmen zu wollen, Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten.

Eine besondere Aufgabe wächst dabei den Jugendorganisationen der Parteien zu, die diese Probleme naturgemäß am stärksten zu spüren bekommen. Gerade sie brauchen neue Formen der Arbeit am dringendsten. Der Satz in Peter Handkes „Gewicht der Welt“: „Streit zweier junger Leute: Mit üblen Gesten ihrer Vorfahren“ ist leider nur zu wahr. Politische Jugendorganisationen, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, dürfen nicht konservativer als ihre Mutterparteien sein, sie müssen eine Avantgarde-Funktion wahrnehmen, wollen sie ihre Existenzberechtigung nicht verlieren.

3. Politische Bildung in Schule und Familie.

Es ist sicherlich der Hauptauftrag von Politik und Parteien, durch ihr Handeln und ihr Verhalten politische Bildung so zu vermitteln, daß der Jugend klar wird, daß Politik und politisches Engagement in weitestem Sinn für unser gesellschaftliches Zusammenleben unverzichtbar sind. Damit Hand in Hand muß jedoch auch der politische Erziehungsauftrag im Elternhaus und in der Schule gehen.

Tatsächlich wird aber heute an den Familientümchen eher abwertend über Politik gesprochen und meist — vor allem aufgrund der Erfahrung der

Eltern von 1934 bis 1945 — vor allzu großer politischer Betätigung gewarnt. In der Schule wird Lehrern oft nicht zu Unrecht ein Mangel an Zivilcourage vorgeworfen, der sicherlich auch vom System der Parteibuchwirtschaft her gefördert wird. Die wenigen aktiven Lehrer sind wiederum oft persönlich so einseitig engagiert, daß sie Gefahr laufen, zu indoktrinieren. Die Jugendlichen werden oft also zwischen einer heilen, weil politikfreien Welt in der Familie und dem Zerrbild einer Welt voller Unheil hin- und hergerissen. Zweifellos ist die Welt nicht heil, aber heilbar — zumindest verbesserrbar. Diese Botschaft müßte vermittelt werden genauso wie jene Binsenweisheit „wer nicht politisiert, mit dem wird politisiert“. Es muß bewußt werden, daß jedes Handeln und auch Nichthandeln politisch ist.

Unbefangene und offene Gesprächsmöglichkeiten über Politik, die Präsentation verschiedener Standpunkte (keine einseitige Darstellung und bloße Faktenaneinanderreihung, sondern politische Bildung als fachübergreifendes Prinzip) wären notwendig. Schließlich sollten noch mehr Möglichkeiten zur Einübung demokratischer Verhaltensweisen in der Schule (Mitbestimmung, Schülerzeitungen), in der Familie und in der außerschulischen Jugendarbeit ermöglicht werden.

Die politische Bildung der Jugend — in dem angesprochenen umfassenden Sinne — ist für das Überleben in der Demokratie und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft eine der größten, aber auch chancenreichen Herausforderungen.

Nachbemerkung

Naturgemäß mußte das vorhin Beschriftete global und teils zu grob und simpel sein — das liegt im Wesen marginaler Anmerkungen und der Generalisierung.

Man kann bei alldem bisher Ausgeführten zu der Meinung gelangen, all dies sei naiv, das gehe nicht oder aber auch, dies sei zu wenig weitgehend. Diese Auffassungen sind auf ihre Weise pessimistisch.

Es ist die feste Überzeugung des Autors, daß nur mit einem bescheidenen Optimismus sinnvoll die Zukunft bewältigt, Vertrauen gegeben und gewonnen sowie „fruchtbringende“ Sisyphusarbeit geleistet werden kann, wie es Sir Karl Popper (in einem ORF-Gespräch mit Franz Kreuzer) formuliert hat: „Es kommt mir doch vor, daß die Menschen mehr und mehr sehen, daß ihre eigenen Taten und ihre eigenen Werke einen wenn auch geringen, aber so immerhin doch einen Einfluß auf die Zukunft haben können. Daß das, was sie hoffen und wünschen,

auch einen Einfluß auf die Zukunft haben kann. ... Solange wir etwas tun können, das uns wenigstens einen Beitrag zu einer Verbesserung verspricht, auch wenn diese Besserungen von Zeit zu Zeit wieder zerstört werden sollten, wogegen wir natürlich ankämpfen sollen und können. Ein solches Bild des Lebens kommt mir durchaus akzeptabel vor, und ich glaube, daß die Menschen mit einem so verstandenen Bild des Sisyphus sich recht gut abfinden können.“

Folke Tegetthoff

POLITISCHE BILDUNG — EIN WEG ZU SICH SELBST

Politik: (lt. Duden) Maßnahmen zur Führung eines Staates.

Der Bürger: erinnert sich seines politischen Bewußtseins im Schnitt dreimal in vier Jahren — wenn er zur Wahl schreitet und die Verantwortung, die auch die seine ist, in die Hände eines Politikers legt.

Dem Bürger seine Pflicht — dem Politiker die Politik.

An dieser Situation wird sich so lange nichts ändern, solange in der Öffentlichkeit die Meinung vorherrscht, Politik sei eine Sache der Politiker, Politik sei für den „kleinen“ Mann uninteressant, weil der ja so und so keinen Einfluß darauf hätte.

Aber Politik ist mehr als nur Parteiprogramm, mehr als links oder rechts, progressiv oder konservativ. Politik ist Synonym für alles, was uns umgibt. Unser Denken und Handeln hat politischen Charakter, weil alles, was wir tun, einen Bezug zur Gesellschaft hat und diese Gesellschaft auch darauf reagiert.

Wir können es uns einfach nicht leisten, auch weiterhin nur Kreuze in Kreise zu malen, in Kreise, die das Symbol für geschlossene Systeme sind.

Wie können wir der ständigen psychischen Belastung entgehen, die auf uns täglich mit neuen Meldungen, Tatsachen, Erkenntnissen einwirkt?

Der Aufschwung der Wirtschaft — Arbeitslosigkeit, Inflation — psychosomatische Erkrankungen, Selbstmorde, steigende Kriminalität. Neue Wertvorstellungen, bedingt durch übermäßigen Konsum, Wohlstand — Drogen, Alkohol, Terror.

Perfekte soziale, wirtschaftliche, technische Systeme lassen Freiheit, Glück, Zufriedenheit assoziieren — und drängen den Menschen in neue Abhängigkeiten.

Wir müssen den Mut haben, uns unseres Handelns, Denkens und Tuns bewußt zu werden, weil jeder, mehr denn je, eine Verantwortung, die Politik des Staates betreffend, trägt.

Politische Bildung — fast ein Modewort unserer Zeit. Die Normalverbraucher, geplagte Schüler verstehen darunter Staatsrechtskunde, Wahlrecht, politische Systeme etc. Führt man sich aber die Entwicklung

unseres Lebens vor Augen, erkennt man, daß dieser Begriff viel mehr beinhaltet: Er ist eine Notwendigkeit für eine positive Lebensbewältigung.

Wir alle sind heute derart in Systeme verwickelt, daß uns das Erkennen des eigenen Ichs, das Streben nach eigenen Wertvorstellungen, somit der Mut zu Individualismus, genommen ist, ja oft sogar als „gesellschaftsfeindlich“ hingestellt wird.

Diese Vielzahl von Systemen hat sich aus einem Gedanken entwickelt, der unser Jahrhundert prägt: der Fortschritt. Dieser Fortschritt („der Mensch, er strebt, solang er lebt“) droht uns nun mit mächtigen Schritten zu überholen. Die medizinische Entwicklung, die die Lebenserwartung von 40 Jahren auf 70 Jahre gesteigert hat.

Die Wirtschaft, die den materiellen Wohlstand um ein Vielfaches gesteigert hat.

Dazu eine gewaltige Bildungsexplosion, die dem Menschen fast unendliche Möglichkeiten für neue Eindrücke, Erkenntnisse, Erfahrungen bietet.

Und soziale Einrichtungen, die uns ein Gefühl der Sicherheit vermitteln sollen.

Der Mensch ist in dieser Kette von Systemen nur noch der Ausführende einer ihm zugesetzten Aufgabe.

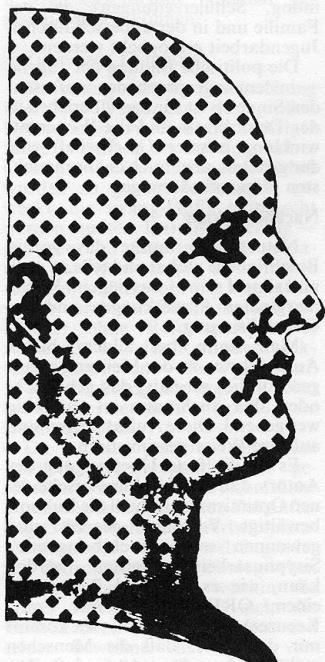
Diese Entwicklung, dieser Fortschritt beraubt uns aber dessen, was das „Menschsein“ ausmacht: Kreativität, Initiative, Individualität.

Dem Menschen, eingespannt in einen Arbeits- und Freizeitprozeß, steht eine Möglichkeit offen, sich seiner Fähigkeiten bewußt zu werden: die sinnvolle Freizeitgestaltung mit Kunst und Kultur.

In Kreisen der Politiker hat man bereits erkannt, daß der Kultur eine immer bedeutendere Rolle in unserer Gesellschaft zuteilt wird. Daher auch die Bemühungen der letzten Jahre, Kunst und Kultur zu einem politischen Thema zu machen. Man hat eingesehen, daß Kunst, d. h. kreatives Schaffen, als politische Aufgabe bedeutend wichtiger ist als schöngemachte Unverbindlichkeit.

Eine politische Aufgabe der Kunst und Kultur besteht darin, die Kreativität jedes einzelnen zu wecken.

Kreativ bedeutet in diesem Zu-



IN DER AKTION DIE LEIDENSCHAFT AM POLITISCHEN WECKEN

sammenhang nicht allein das künstlerische Moment (malen, schreiben etc.), es bedeutet auch Engagement, das den Rahmen des uns aufgezwungenen Systems sprengt.

Es bedeutet, über die tausend kleinen Dinge nachzudenken, die uns durch ihre Gesetzmäßigkeiten selbstverständlich geworden sind.

Es bedeutet kritischer zu denken.

Kreativität umfaßt einen weiten Bogen: von Phantasie, Spontaneität über Eigenständigkeit, Unabhängigkeit bis zu Individualismus.

Aber gerade diese Attribute sind es, die in unserer Gesellschaft nicht gerade gefragt sind. Schon im Kindesalter wird man dahin erzogen, Anweisungen, die gegeben werden, widerspruchlos zu erfüllen; Probleme mit Hilfe des trainierten Know-how zu lösen.

Der Künstler, der der Überzeugung ist, daß seine Kunst eine Aufgabe zu erfüllen hat, nämlich mit Hilfe seiner Kunst zu Kreativität zu motivieren, dieser Künstler steht vor einer schwierigen Aufgabe.

Die Aufforderung, Gewohntes zu verlassen, schöpferische Leistungen zu vollbringen, sich selbst darzustellen, lästige Fragen nicht wegzuschließen, wird eher als bedrohlich empfunden. Es ist ja auch bedeutend einfacher, Kunstwerke, Theater, Bücher, Diskussionen einfach hinzunehmen, als dazu persönlich Stellung zu nehmen. — Und das will die Kreativität: Den passiven Bürger, den Jasager, in einen aktiven, kritischen Bürger verwandeln.

Hier ist nun der Zusammenhang von Politik — politischer Bildung — Kunst und Kultur deutlich erkennbar. Wir alle bilden den Staat. In unser aller Hände liegt die politische Führung. Dieser Aufgabe müssen wir uns bewußt werden. Das dazu notwendige Vertrauen in uns selbst können wir aus der ungeheuren Kraft der Kreativität schöpfen. Sie gibt uns die Freiheit, die wir in unseren gut funktionierenden Systemen schon eingebüßt haben. Eine Freiheit, in der jeder einzelne leben und handeln kann. Das setzt aber wiederum den Willen zur Freiheit voraus, den Willen, den wir uns durch harte Arbeit an uns selbst erkämpfen müssen, entgegen allen Verlockungen, Beschwichtigungen, Versprechungen unserer Wohlstandsgesellschaft.

Der Weg zu uns selbst ist der Weg zu der Antwort auf die Frage nach dem Sinn unseres Lebens.

Das erste, was mir zu diesem Thema notwendig erscheint, ist ein gewisses Unbehagen, das ich mit dem Begriff „politische Bildung“ verbinde, zu artikulieren und aufzuarbeiten. Für mich passen die beiden Worte „politisch“ und „Bildung“ einfach nicht richtig zusammen, erscheinen mir wie zufällig einandergelehnt. Bildung ist für mich zu sehr besetzt von Schule, Aneignung von Buchwissen durch frontalen Unterricht, Sammeln von Scheinen und Titeln, ein weitgehend unbrauchbares Paket, das man mitbekommt auf den Lebensweg. In einem solchen Sinne wäre dann politische Bildung so etwas wie erweiterte Staatsbürgerkunde, eine Vorstellung, die wenig dazu anreizt, darüber einen Aufsatz zu verfassen.

Tue ich es dennoch, so muß ich diesen Begriff so interpretieren und definieren, daß er dem dynamischen Charakter des Politischen standhalten kann. Wenn ich also in der Folge von politischer Bildung spreche, so meine ich damit einen **emanzipatorischen Prozeß**, in dem Menschen oder Gruppen von Menschen lernen, die realen gesellschaftlichen Zusammenhänge immer besser zu erkennen, die Entscheidungs-, Macht- und Herrschaftsstrukturen zu hinterfragen, und als politisch handelnde Subjekte in eine befreende Aktion eintreten. Ein politisch gebildeter, das heißt bewußter Mensch besitzt einerseits einen **Orientierungsrahmen**, der es ihm erlaubt, die Sachverhalte besser zu erkennen, und andererseits ein Bündel von **Wertvorstellungen**, die ihn antreiben, die schlechten Zustände zu verändern.

In diesem Sinne gibt es für mich keine wertneutrale politische Bildung. Wer davon ausgeht, verschleiert entweder bewußt oder er unterliegt einer Fiktion, einer Chimäre. Deshalb sind meine Betrachtungen zu diesem Thema durchaus subjektiv wertend, drücken meinen gesellschaftspolitischen Standpunkt aus. Nur von hier aus ist es mir möglich, den Brückenschlag zum vorgegebenen Thema „politische Bildung und Basisinitiativen“ vorzu-

nehmen.

Es ist also die Frage zu stellen, inwieweit durch „Basisinitiativen“ emanzipatorische Prozesse freigesetzt werden können, als deren Resultat politische Bewußtlosigkeit verringert oder falsches Bewußtsein korrigiert werden kann. Freilich muß hier gesagt werden: Selten hat ein solches Verständnis von politischer Bildung als emanzipatorisches, von unten kommendes oft widerständiges Agens den Trägern und Verwaltlern gesellschaftlicher Macht in den Kram gepaßt, wäre gar von ihnen gefordert worden.

In welchem Readers Digest der politischen Bildung würden historische Gestalten wie Moses, Spartakus, Tell, Hofer, Sandino, Guevara, um nur einige der Herausragendsten zu nennen, den ihnen gebührenden Platz finden? Dennoch sind sie in meinen Augen in einem fundamentalen und ursprünglichen Sinn des Wortes politisch Gebildete, haben sie doch den Schritt von der blassen, akademischen Theorie in die niemals einfache und widerspruchsfreie Praxis gewagt.

Soviel zum Begriff politische Bildung und dem Unbehagen, das ich an seinem herkömmlichen Inhalt habe.

Viel schwieriger ist es, den Begriff „Basisinitiativen“ in seiner historischen Dimension, seiner aktuellen Vielschichtigkeit und dem Raum, den ihm die Zukunft öffnet, zu erfassen. In seinem neuen soziologischen Begriffskleid tritt er erst seit einigen Jahren, hier allerdings immer stärker, in die politische Diskussion, und ist doch uralt unter anderen Namen; heißt Auszug aus Ägypten, Sklavenaufstand, Befreiungskampf, Autonomiebestrebung, Aufsicht nach Utopia.

Um das besser zu verstehen, was heute passiert, im auslaufenden 20. Jahrhundert, an der Schwelle zum dritten Jahrtausend, um den dramatischen Prozeß besser zu verdeutlichen, in dem wir uns alle heute befinden, muß man ein wenig zurücktreten und die Geschichte der Neuzeit betrachten.

In den vergangenen zwei Jahrhunderten hat es gegen Ende des

jeweiligen Siècles gewaltige emanzipatorische Schübe besonderer Intensität und Nachhaltigkeit gegeben, wo teuer bezahlt — der Menschheit ein qualitativer Sprung in der Entwicklung, eine qualitative Zunahme an menschlichem Substrat gelungen ist.

In der bürgerlichen Revolution werden die Ketten des Feudalismus abgestreift, und die in der Aufklärung geistig vorbereiteten Werte der Freiheit des menschlichen Individuums auf den politischen Nenner gebracht. Der Liberalismus brachte die bürgerlichen Freiheitsrechte und schuf die Grundlagen für die Demokratie modernen Typs. In der Ökonomie postulierte er die Kontraktfreiheit des Individuums und ging von der Hypothese aus, die Summe der Eigennutzen bilde den Gemeinnutzen, das Regulativ des freien Marktes besorge das new age.

Nun, das neue Zeitalter ließ auf sich warten, für die Abermillionen, die in die Maschinerie des Frühkapitalismus gerieten. Die gemeinsame Wahlmöglichkeit für Millionär und Proleten lag darin, daß sie beide die Freiheit hatten, unter einer Brücke zu schlafen.

Dagegen trat gegen Ende des 19. Jhs eine neue Bewegung an, die das für die Massen einforderte, was der Liberalismus zwar allgemein proklamiert, aber nur für eine verschwindend kleine Schicht in Wirklichkeit umgesetzt hatte. Die Arbeiterbewegung erkannte, daß in einer Klassengesellschaft die Freiheit für die untere Klasse organisiert verteidigt werden und der Anteil am gesellschaftlichen Reichtum in gesellschaftlichem Kampf den Besitzern der Produktionsmittel abgerungen werden muß. Es war die historische Aufgabe der Arbeiterbewegung, daß sie die Natur- und Wildwuchsigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise domestizierte, sie regierbar und ertragbar mache und somit nolens volens das Überleben dieses Systems garantie.

Beiden großen emanzipatorischen Schüben der Neuzeit, dem Liberalismus und dem Sozialismus, war eines gemeinsam: die bedingungslose Bejahrung des technischen Fortschrittes, der Glaube an die segensreiche Wirkung der Entwicklung der Produktivkräfte für die Menschen, ja, insbesondere im Marxismus, die Ableitung einer Naturgesetzmäßigkeit dieser Entwicklung.

Es ist sicher kein oberflächlicher Chiliasmus, wenn ich in der vor uns liegenden Jahrtausendwende einen vielleicht noch dramatischeren geschichtlichen Prozeß, einen, soll die Zukunft offen gehalten werden, noch größeren emanzipatorischen Schub vermute, als die beiden, die ich vorhin

kurz skizziert habe. Der Club of Rome läutete Anfang der 70er Jahre die Grenzen des Wachstums ein: Das Raumschiff Erde rast einer Katastrophe entgegen, wenn die ökonomische Triebhaftigkeit des Systems sich weiter entfalten kann; eine Kurskorrektur kann vielleicht das Schlimmste abwenden; es ist nicht mehr viel Zeit; umdenken — umschwenken ist ein Gebot der Stunde. Eine Schwelle in der Entwicklung ist erreicht, wo ihre destruktiven Folgewirkungen derart massiv zunehmen, daß die Selbstvernichtung der Menschheit in den Bereich der realen Möglichkeit tritt. Seveso, Harrisburg, Efiskofield und dessen Superlative in der Karibik bilden die wechselnden Kulissen, die regelmäßig durch neue Ereignisse, meist in noch katastrophalerem Ausmaß, abgelöst werden.

Es lohnt, in einer beschiedenen Systematik zu versuchen, die Hauptwidersprüche unseres Gesellschaftssystems herauszuarbeiten, weil sich an diesen Punkten verständlicherweise die Aktivitäten der Basisinitiativen festmachen und entwickeln.

- Der erste Hauptwiderspruch liegt im Faktum einer begrenzten Erde, endlicher Ressourcen, zu Ende gehender Energiereserven einerseits und einer Wirtschafts- und — als verinnerlichte Ökonomie — auch einer Lebensweise, die auf ständiges Wachstum, auf ständige Gütervermehrung programmiert ist. Offenbar ist dieser Widerspruch kein Spezifikum einer kapitalistisch organisierten Ökonomie, sondern entspricht einem gewissen Stand der technisch-gesellschaftlichen Entwicklung, die biologisch als „Schwärmpphase“ bezeichnet werden könnte.

- Der zweite Hauptwiderspruch liegt darin, daß die Produktivkräfte immer häufiger umschlagen in Destruktivkräfte und daß diese ein Ausmaß erreicht haben, das nur deshalb für den Verstand erträglich ist, weil es die Vorstellungskraft übersteigt, insbesondere im Bereich des atomaren Wettrüstens.

Das Destruktive liegt aber nicht nur im Rüstungswahn, sondern auch im zivilen Sektor der Produktion, wo sich die „unangenehmen Nebenwirkungen“ der Großtechnologie (Umweltschäden) immer katastrophaler auswirken.

- Der dritte Hauptwiderspruch zeigt sich an der dritten Welt. In Wirklichkeit ist es nämlich so, daß die moderne marktwirtschaftliche Ökonomie den Prozeß der Verelendung keineswegs beseitigt, sondern lediglich in die Peripherien der Erde **ausgelagert** hat, und daß dort die Strukturen des großen Kapitals weiter ihre unbarmherzige Arbeit tun. Die sozialen Gegensätze auf der Erde sind explosiver noch als alle

Atomsprengköpfe zusammen, denn sie lassen sich nicht einbunkern.

- Der vierte Widerspruch schließlich liegt im Menschen selbst, in der Dichotomie seiner inneren Struktur, die einerseits ins Unendliche, Schrankenlose weist und andererseits dem sozialen Gattungswesen und Bestandteil des biologischen Systems Mensch klare Eingrenzungen aufzeigt.

In unserer Gesellschaft hat sich die Schrankenlosigkeit mit der Güterproduktion vereinigt und die Begrenzung mit dem Geist.

„Die Rückkehr zum menschlichen Maß“ fordert Schumacher und stellt mit „small is beautiful“ die Technik wieder vom Kopf auf die Beine.

An diesen Widersprüchen entwickeln sich also die Basisinitiativen und thematisieren ihre Anliegen. Ihr verstärktes Auftreten läßt sich in folgenden Bereichen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) feststellen:

- Umweltschutz
- Energie (Antiatom, Sonne)
- Verkehr (kontra Autobahnen, pro Fahrrad)
- Wohnen (neue Formen der Kommunikation)
- kritischer Konsum und einfacher Lebensstil
- Antimilitarismus und Friedensarbeit
- 3. Welt und Randgruppenarbeit
- biologischer Landbau und gesunde Ernährung
- alternative Produktion (selbstverwaltete Betriebe).

Nochmals zurück zum Ausgangspunkt: Das etablierte soziopolitische System ist immer weniger in der Lage, seine eigenen Widersprüche zu erkennen, aufzuarbeiten und zu lösen. Weil es das Wachstumsprinzip verinnerlicht hat, sind die Lösungsansätze in der Regel quantitativer Natur: Die Umweltverschmutzung soll durch neue und wiederum umweltverschmutzende und ressourcenzehrende Industrien kuriert werden, die Energieknappheit durch die Verbrennung von Getreide (Biosprit), die Zunahme der psychosomatischen Erkrankungen durch Monsterspitäler, um nur einige Beispiele zu nennen. Der **politische Widerspruch** findet im Aufkommen von Bürger- und Basisinitiativen, im Aufkommen von grünen Listen und Parteien seinen Ausdruck. Sie signalisieren eine zunehmende Legitimationskrise des Systems und eine neue Form politischer Organisierung. Sie sind „Volkshochschulen“ mit dem Hauptfach politische Bildung.

Was und wie wird nun in diesen Hochschulen gelernt, nach welchen pädagogischen Grundsätzen, wer sind die Lehrer?

Die Inhalte habe ich oben schon angedeutet. Keineswegs ist es aber so,

daß eine Gruppe sich nur auf ein Thema konzentriert und ständig bei diesem bleibt. Im Zuge des Engagements tritt eine Dynamisierung der Position und eine Erweiterung des Horizontes ein, die eine Initiative oft in vollkommen neue Bereiche führt. Ein Beispiel dafür ist die „Erklärung von Graz“, eine Alternativgruppe, in der ich mitarbeite. In ihrem Ursprung ist sie eine Dritte-Welt-Gruppe, die sich überwiegend diesem Thema widmete.

Bald wurde aber erkannt, daß die Unterentwicklung der dritten Welt ihre wesentlichen Bedingungen und Wurzeln in den Zentrumsländern, also in den sogenannten entwickelten Ländern hat, folglich dort auch in einem bedeutenden Ausmaß ihre Lösung liegen muß; daß es auch eine Fehlentwicklung bei uns gibt; von daher der Einstieg in die aufbrechende Atomkontroverse, die Formulierung eines neuen, einfacheren Lebensstils; heute versteht sich die EVG als aktiver und vorwärtsstreibender Teil der Alternativbewegung.

Der oft gehörte Vorwurf, die Bürgerinitiativenbewegung decke mit ihrer politischen Programmatik nur einen kleinen Sektor der gesellschaftlichen Wirklichkeit ab, nämlich den Umweltschutz, und sei deshalb als politische Gestaltungskraft irrelevant, kann so leicht umgekehrt werden: Die herkömmlichen Institutionen seien es, die im Grunde nur einen Programmfpunkt aufweisen, nämlich, um jeden Preis das Wachstum fortzusetzen.

Wie wird gelernt? Wer sind die Lehrer?

Demokratisches Lernen ist anstrengend, mitunter auch strapaziös. Auf der anderen Seite können dabei außerordentlich schöne und intensive Erfahrungen gemacht werden, die neue Dimensionen sozialer Interaktion eröffnen. Jeder, der in der AKW-Bewegung, in Wohngruppen, Bürgerinitiativen gearbeitet hat, wird diese Erfahrungen — wenn solche Gruppen tatsächlich authentische Basisinitiativen sind — bestätigen können. Entscheidend ist dreierlei:

- Erstens muß es in einem relativ herrschaftsfreien Klima stattfinden können. Das heißt, es gibt keine Vorgabe an Autorität, jede Autorität kann jederzeit in Frage gestellt werden; sie muß sich ständig neu legitimieren und verfügt über keinerlei Sanktionsmöglichkeiten.

Dies ist ein ganz wichtiges Kriterium, um echte Basisinitiativen von ihren zahllosen Karikaturen unterscheiden zu können.

- Zweitens: Damit ersteres überhaupt möglich ist, bedarf es der Kleinheit und Überschaubarkeit. Nur in einem überschaubaren Rahmen können Herrschaftsansprüche

durchschaut, Aggressionen verarbeitet und der Reichtum der emotionellen Beziehungen eingebracht werden.

Es ist kein Zufall, daß sich die Alternativbewegung so schwer auf einen politischen Nenner bringen läßt. Die einzelnen Gruppen sind nicht bereit, sich der Despotie der großen Zahl zu beugen.

- Drittens: Die Überwindung des Gegensatzpaars Theorie/Praxis durch konkrete Aktion. Eine kleine Gruppe, die ihren Anspruch nicht ständig an der politischen Wirklichkeit mißt, gerät in die Gefahr, zu einer Sekte zu werden oder in einem selbstgeschaffenen Getto zu landen. In der (begrenzten) politischen Aktion kann das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse begriffen werden, so wie auch eine Spiegelradscherbe das Gesamtbild und nicht etwa nur ein Teilbild des Objektes reflektiert. Beispielsweise haben die Gruppen, die sich in der Zwentendorfsache engagiert haben, entschieden mehr gelernt als nur die Halbwertszeit von Plutonium. Es wurden hautnah die Machtverhältnisse im Staat erfahren, wer den Zugriff zu den Medien hat und wer nicht, schwierige Bündnisfragen waren zu lösen, es wurde sichtbar, daß Experten immer im Spannungsfeld der Interessen agieren — und daß es lohnt, auf die eigene Kraft zu vertrauen. In der Aktion wird dem grassierenden Konsumismus und der sozialen Apathie entgegengetreten, kann die **Leidenschaft am Politischen** geweckt werden.

Auch das gängige Lehrer-Schüler-Verhältnis schwindet und macht einer **Pädagogik der Befreiung** Platz, bei welcher der Lehrende immer auch ein Schüler und der Schüler durch seine Lebensorfahrung immer auch ein Lehrender ist.

Nochmals zusammengefaßt: Die Basis- und Bürgerinitiativenbewegung ist eine hochwirksame Werkstatt für politische Bildungs- und Bewußtseinsprozesse, die noch dazu dem Staat kein Geld kostet.

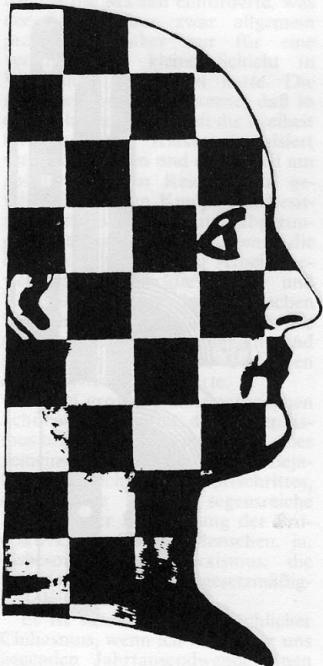
Sie kostet ihm und den mit ihm in Symbiose lebenden Institutionen aber etwas anderes: die trügerische Sicherheit, daß alles so bleiben muß, wie es heute ist.



16 (POLEMISCH ÜBERSPITZTE) THESEN, FRAGEN UND POSTULATE ZUR „POLITISCHEN BILDUNG“

1. Entscheidungen zum (politischen) Handeln sind unausweichlich. Wer nicht selbst bestimmt, über dessen Kopf wird bestimmt.
2. Auch die sogenannte „Wertfreiheit“ ist eine Wertung. Selbst Erkenntnisprozesse werden von „Interessen geleitet“.
3. In der Politik gibt es keine absolute Wahrheit.
4. Wir alle sind gleich(wertig). Nur einige sind eben doch gleicher. Nun reden alle von politischer Bildung — wozu?
5. Politische Bildung ist Bewußtseinsbildung. Welches Bewußtsein wird gebildet?
6. Politische Bildung ist „Erziehung zu demokratischem Verhalten“. Welche Demokratie ist gemeint?
7. Ist unser demokratisch-repräsentatives politisches System zwar schlecht, aber doch das beste, das wir kennen (haben können)?
8. Zur Macht: Vergeßt nicht, auch Stalin hatte Angst vor den „Massen“!
9. Dient politische Bildung zur Legitimation des Bestehenden (= konservervieren), ist sie Instrument zur „Stimmenmaximierung“ oder dient sie der Herbeiführung der Systemkrise, zur Systemüberwindung (= forschreitend — wohin?)? Oder ist das vielleicht gar keine, eine falsche Alternative?
10. „Politische Bildung soll die Überzeugung wecken, daß Demokratie sich nicht in einem unbeteiligten Einhalten ihrer Spielregeln erschöpft, sondern ein höheres Maß an Engagement erfordert.“ Vorsicht! Der „Beruf“ des Politikers könnte überflüssig werden.
11. Bildung = Ausbildung = Verbildung. Oder?
12. Der Fächerkanon unserer Schulen: Kochen, Mathematik, Nähen, politische Bildung, Sexualkunde, Geographie... Sollte neben der Wissensvermittlung vielleicht auch noch Persönlichkeitssbildung angestrebt werden?
13. Womöglich in Soziologen-Politologen-Psychologen-chinesisch? (Die Chinesen mögen verzeihen...)
14. Soziale Fähigkeiten zur Kommunikation und Kooperation (lies: einfach Mensch sein) sind Voraussetzung jeder Selbstbestimmung von einzelnen oder Gruppen. Das kann aber weniger durch die Darbietung theoretischen Wissens als vielmehr durch praktisches Handeln, Erfahren und Einüben solcher Verhaltensweisen und Bewußtseinsformen erreicht werden (Gibt es Demokratie in der Schule?).
15. Wir müssen wieder die Kunst des Fragens und Hörens erlernen.
16. Engagement und Askese sind die Tugenden, die durch die Gratwanderung auf dem Pfad des Lebens in Einklang zu bringen sind.

Joseph Marko



POLITISCHE (WORT)BILDUNG IM KONTEXT

Eine lexikalische Lesehilfe, betreffend häufige zusammengesetzte Begriffe aus dem politischen Bildungsumwesen

Politische Fortbildung — erfolgreiche politische Methode, erfolglose Politiker — um sie aus dem Licht der Öffentlichkeit („fort“) zu bringen — in hochdotierte Ämter abzuschieben, von denen sie keine Ahnung haben, in denen sie jedoch vermuteterweise keinen sonderlichen Schaden anrichten können.

Politische Kreisbildung — verkürzte Sprechweise für die über Massenmedien aller Art zu verbreitende objektive Information darüber, daß der im Vorderglied genannte und durch die Silbe „-ky“ zu ergänzende Nahostpolitiker in den Kreis der Großen der Weltgeschichte einzugehen hat.

Politische Wirrbildung — beschreibt eine bestimmte Epoche der steirisch-österreichischen Politik, in der zu ihrer eigenen Verwirrung, aber auch zu der aller anderen rote Politiker, die eigentlich schon fast gegangen waren, geblieben, blaue Politiker, die gerade erst gekommen waren, schon wieder gegangen sind, während die schwarzen Politiker zu begreifen suchten, was jeweils los war.

Politische Niederbildung — schlampige Sprechweise für die fotografische Abbildung eines Landeshauptmannes, als er noch die Volksschule besuchte.

Politische Zerrbildung — durch Expansionsdränge oder Existenzängste sogenannter politischer Bildungsinstitutionen (vgl. in diesem Zusammenhang auch häufig den Begriff „Verbildung“) hervorgerufene Handlungsweisen, Bildungswillige mit mehr oder minder sanftem Nachdruck in die jeweils eigenen Veranstaltungen zu zerrn.

Politische Hinbildung — in jüngster Zeit vorgeschlagenes Verfahren, um angesichts mißlungenen Volksabstimmungen letztlich doch nach mehrmaligen Wiederholungen zu dem gewünschten Ergebnis zu kommen; oft als einzige Alternative zur demokratischen Auflösung und Neuwahl des Volkes angesehen.

Politische Zielbildung — durch intellektuelle Infizierung ausgelöste, epidemisch um sich greifende Unruhe in einer politischen Partei, sich spätestens nach einem Jahrzehnt ein neues Parteiprogramm erarbeiten

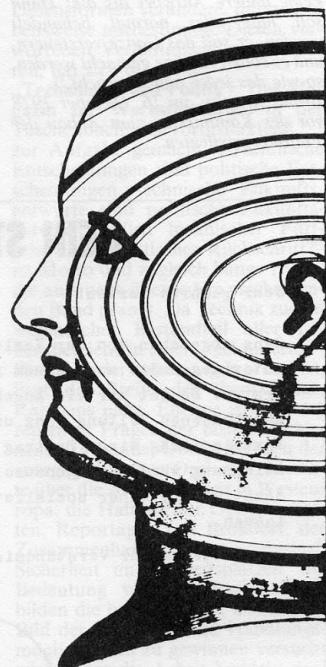
zu müssen; führt zu verzweifelten Exhumierungen von sogenannten „Grundwerten“ und krampfhaften Versuchen neuer Zielsetzungen, löst aber Hochkonjunktur aus für Zerrbildung, Verbildung und Weiterbildung (siehe diese).

Politische Weiterbildung — von Politikern aller Arten als für die eigene Person überflüssig, als für alle anderen Personen höchst wünschenswert erachtetes Verfahren zur Vermittlung der selbstverständlich unrichtigen Auffassung, daß es in der Politik nicht so zugeht, wie es sich der „Mann von der Straße“ vorstellt.

Politische Oberbildung — durch Ver-, Ziel-, Weiter- und Zerrbildung hervorgerufene politische Ansprechbarkeit des gastronomischen Personals; nicht zu verwechseln mit der politischen „Überbildung“, die eine durch die genannten Verfahren erreichte Durchdringung des individuellen Über-Ichs mit einer politischen Ideologie bezeichnet.

Politische Unbildung — üblicherweise hämische Bemerkung über jemanden, der mit den politischen Grundbegriffen Kreisbildung, Wirrbildung, Niederbildung, Überbildung und so weiter nichts anzufangen weiß.

Manfred Prisching



DER FACHMANN

Ein Mensch, ein armer Laie bloß,
Verspür doch Weltangst, riesengroß.
Die Luft zum Beispiel, wie ihm deucht,
Sei scheußlich schon atomverseucht.
Der Fachmann aber hat getestet,
Die Luft sei längst noch nicht
verpestet.

Der Laie sagt, er sehe schon,
Auch unsre D-Mark schwimmt davon.
Der Fachmann aber rechnet listig,
Dem widerspreche die Statistik.
Der Laie meint, mit Seherblick,
Daß zwecklos das Verkehrs-Geflick.
Der Fachmann aber lächelt milde,
Der Gute sei nicht ganz im Bilde.
Erst dann, wenn längst sich das
erügnet,
Was doch der Fachmann streng
geleugnet,
Wirft der sich in die Brust und klagt:
Er habe es ja gleich gesagt!

Eugen Roth

UNENTSCHULDIG- TE VERSPÄTUNG

„Darauf gibt es, wie ich das sehe,
keine andere Antwort als die: Dann
soll halt alles normal behandelt
werden, er soll das Ganze versteuern,
und es sollen Abzüge gemacht werden,
so wie das jeder andre macht.“

22 Bruno Kreisky am 16. Oktober 1978
vor der Kommission zum Abbau der
Politikerprivilegien

„SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky und Klubobmann Dr. Fischer legten Freitag abend bei dem Gespräch mit ÖVP-Öbmann Dr. Taus im Bundeskanzleramt die folgende Punktation über Privilegienabbau vor: volle Besteuerung von Politikern bezüglich...“

Sozialistische Korrespondenz vom 30./31. März 1979

Privilegienabbau: Vereinbarung zwischen Kreisky und Taus: (Für obgenanntes Thema — volle Besteuerung) längstens innerhalb von 6 Monaten nach der Konstituierung des neu gewählten Nationalrates einen Gesetzesentwurf fertigzustellen.“
Sozialistische Korrespondenz, 23./24. April 1979

„Es geht im wesentlichen um eine Frage: Ob dem Politiker zugemutet werden soll, was sich kein einziger österreichischer Staatsbürger gefallen läßt, daß nämlich ihr Nettoeinkommen empfindlich geschrägert wird... Die Methode, vorher wegnehmen und dann erhöhen — das hat sich nicht bewährt. Das hieße wirklich im wahrsten Sinne des Wortes, dem Dreck eine Watschen geben.“

Bruno Kreisky am 11. Dezember 1979

„Ich begrüße Sie, meine Herren, und möchte Sie um Entschuldigung bitten, daß ich mich verspätet habe.“

Bruno Kreisky, nicht nach Auslaufen der 6-Monate-Frist, sondern zu Beginn der eingangs zitierten Sitzung der Privilegienkommission am 16. Oktober 1978

MEHR MACHT — MEHR VERDUMMUNG

„Immer mehr Macht auf der einen, immer mehr Verdummung auf der anderen Seite — wahrlich, wir gehen herrlichen Zeiten entgegen.“

Viktor Reimann nicht über die Kronen-Zeitung, sondern in der Kronen-Zeitung am 25. Oktober 1979 zum ORF-Monopol

KEIN STABERL

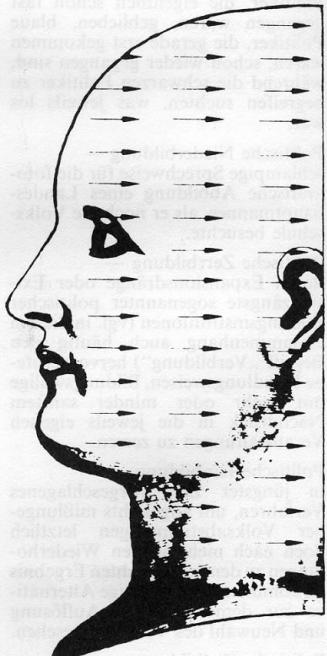
Sehr geehrte Herren!

Ganz abgesehen von der Verleihung des Vornamens "Kurt" unterliegen Sie auch einem zweiten, viel wesentlicherem Irrtum. Es ist mir als Angehöriger einer völlig partei- ungebundenen Zeitung ganz und gar unmöglich, für eine Parteizeitung einen Beitrag zu verfassen. Eine solche Ablehnung würde ich genauso, wahrscheinlich noch viel dezirterter, einer sozialistischen Zeitung zukommen lassen.

Ich bitte um Ihr Verständnis und verbleibe

hochachtungsvoll

Richard Nimmerrichter



EX LIBRIS POLITICIS

Österreichs Zukunft im Modell

Wer bislang überzeugt war, aus österreichischen Unternehmertümern könnten keine anderen Stellungnahmen das Licht der Öffentlichkeit erblicken als die ideo-logischen Ladenhüter von der freien Marktwirtschaft und die interessegebundenen Klagen über zu hohe Steuern, der wird bei der Lektüre eines vom Wirtschaftsbund herausgegebenen Bandes, der sich — etwas anspruchsvoll — „Das Österreich-Modell des Management Clubs“, Wien 1979, betitelt, überrascht sein; ein Ableger der Großunternehmer des Club of Rome scheint auch in der Alpenrepublik zu erblühen. Zumindest ist zwischen den Zeilen jenes Buches ein Bewußtsein davon zu verspüren, daß man sich gerade im Wirtschaftsleben langfristig auch mit den schönsten Träumereien nicht über die harte Realität — die gerade oft jene vertreten, die in der politischen Diskussion als „Träumer“ abgetan werden — hinwegzuturnen vermag.

Über die Repräsentativität der in diesem Band versammelten Auffassungen soll man nicht rechnen; immerhin werden die Ergebnisse von Delphi-Umfragen (unter „Experten“) zu allen Problemkreisen zusammengefaßt, die von den angeschloßenen Gutachten, die beachtenswertes Material zusammenfassen, in ihrer Bewertung von Sachverhalten und Lösungsvorschlägen häufig nicht so weit entfernt sind. Diese Modellbereiche gliedern sich in folgende Kapitel: Allgemeine Gesellschaftsentwicklung, Wirtschaft, Soziales, Energie, Umwelt, Bildung und Forschung, Staat und Demokratie, Kultur, Internationale Beziehungen, Die Rolle der Führungskräfte.

Die wohltuende Fundierung durch empirische Analysen und Daten gerät erfreulicherweise nicht zu einem pragmatischen Verzicht auf jeglichen Versuch, längerfristige Gesellschaftsentwicklungen oder die (soziologische, soziopsychologische, auch anthropologische) Dimension des Menschen in diesem Prozeß in den Blick zu bekommen. Jede Besprechung von Detailvorschlägen eines 500seitigen Sammelbandes muß hier unterbleiben; angemerkt sei bloß, daß es mancherlei überraschende Positionen gibt: wenn etwa für eine umfassende Demokratisierung und Verwaltungstransparenz in einem Gutachten plädiert wird; in

einem anderen für Strukturpolitik, dezentrale und kleine Produktions- und Sozialeinheiten, allerdings auch deutlich für ein weiteres höchstmögliches Wachstum; wenn in einem dritten für den Ausbau der individuellen Arbeitnehmerrechte gestritten und in einem vierten die Realisierung der Ganztagschule vorausgesagt wird.

In einem eher philosophisch angelegten Beitrag wird von einer „Krise des Überlebens“ gesprochen, die von keinem gesamtgesellschaftlichen Orientierungssystem mehr aufgefangen wird; von der notwendigen Demontage von Arbeit, Leistung und Konsum zugunsten einer neuen Definition von Arbeit im Sinne von Selbstverwirklichung; von der bedrohlichen Dominanz der „instrumentellen“ Vernunft; von erforderlichen und möglichen Dezentralisierungen und von Selbstorganisation.

Die Beiträge sind in ihrem Erklärungen, weltanschaulichen Grundlagen und Vorschlägen sehr heterogen; dies ist sicher kein Mangel. Auch die wenigen Hinweise können das breite Spektrum nicht widerspiegeln, zumal eine spezifische Schwierigkeit bei der genaueren Lektüre klar zutage tritt: Die Differenzen werden häufig auf bloß sprachlicher Ebene homogenisiert. Keine Sorge daher: „Grüne“ oder Personen ähnlicher Verdächtigkeit sind nicht all jene, die für Dezentralisierung und Selbstorganisation eintreten, die gegen Bürokratie und die vollständige Verwaltung des Menschen sind. Denn Dezentralisierung kann auch unvermutet zu der Frage nach der effizientesten Betriebsgröße geraten, unter Selbstorganisation sehr leicht die unternehmerische Freiheit verstanden werden, unter dem Begriff der Selbsthilfe sich das alte Mißtrauen gegen den Sozialstaat niederzuschlagen, mit bürokratischer Zwangsvorwaltung der interventionistische Staat als Gegenbild zur freien Marktwirtschaft gemeint sein. Unausgegorene, wenn auch dennoch wichtige und überlegenswerte Ideen, die ein politisches Potential mobilisieren könnten, werden halt immer von allen Seiten begrifflich zu besetzen gesucht; und solcher babylonischen Sprachverwirrung ist es oft zu „danken“, wenn verbal eine politische Einigkeit hergestellt werden kann.

Es mindert das Interesse an dem vorgestellten Band allerdings in keiner Weise, daß er auch diesen aktuellen semantischen Grabenkampf widergibt. Wie immer man zu den Ergebnissen im einzelnen stehen mag: Ein erfreulich geweiterter Blick auf Bedrohungen unserer Gesellschaft wird in diesem „Österreich-Modell“ präsentiert, das für politisch

Interessierte wohl zur „österreichischen“ Pflichtlektüre zählt. M. P.

Technik und Politik

In den sechziger Jahren, im Gefolge jener politisch-sozial-kulturell-ökonomischen Klimaveränderung, deren Symptom die Studentenbewegung und die von ihr aufs Tapet gebrachten Themen waren, wurde der Öffentlichkeit eigentlich erst bewußt, daß sich die moderne Gesellschaft einem Unterfangen verpflichtet hatte, Fortschritt der „Technik“ genannt, das eines jener Probleme darstellte, als dessen Lösung es sich ausgab. Während bis dahin — abgesehen von einigen konservativen Romantikern mit eher pauschalen Verdammungsurteilen — die generelle Neigung darin bestanden hatte, „die“ Technik unbefragt mit Attributen wie Zukunftsbewältigung, Lebenserleichterung und Fortschritt zu apostrophieren, während Einigkeit weitgehend darin gegeben war, es handle sich dabei um ein brauchbares Instrument für beliebige Zwecke — das eben, je nachdem, „zum Guten oder zum Bösen“ eingesetzt werden konnte, machte sich erst langsam ein Bewußtsein von der Tatsache breit, daß die Technik auch zum Teil unsere Lebensformen verändere, unsere Lebensweise mitbestimme. Diesen verworrenen Verhältnissen nachzuspüren, hat sich die Reihe

„Technologie und Politik“. Das Magazin zur Wachstumskrise, in der Taschenbuchreihe rororo-aktuell zur Aufgabe gemacht. „Technische Entscheidungen sind politische Entscheidungen, technische Zukunftsentwürfe sind politische Zukunftsentwürfe. Wird technischer Fortschritt zum politischen Rückschritt?“ ist Motto und zugleich bange Frage, die aufs neue über jedem erscheinenden Band prangt. Da Technik zudem wesentlicher Bestandteil aller Lebensbereiche in einer „technisierten“ Welt wie der unserien geworden ist, liegt die Breite des thematischen Rahmens nahe. Energie ist eine der zentralen Fragen der bisher erschienenen 14 Bände; Überprüfungen der energiepolitischen Optionen, Berichte über die Atomindustrie in Westeuropa, die Haltung der Gewerkschaften, Reportagen von Brokdorf, der Zusammenhang von Energiebedarf, Sicherheit und Arbeitsplätzen, die Bedeutung von Alternativenergien bilden die breite Palette, aus der ein Bild der Interessen und Handlungsmöglichkeiten zu gewinnen versucht wird. Über die Arbeit handeln zwei Bände (Band 8 und 10): Die weltweite Verlagerung der Produktionsprozesse in Entwicklungsländer, Fragen einer erfolgreichen Vollbeschäftigungspolitik, Strategien zur Über-

windung von Arbeitslosigkeit, die Rolle der Computer und der Rationalisierung, das Problem der Zeitsouveränität und der Arbeitsteilung, aber auch die Möglichkeit einer befreiten „Arbeit“ in der „Freizeit“ und die philosophisch orientierte Frage nach dem Sinn der Arbeit scheinen in diesen Bänden auf. Die Alternativbewegung in ihrer ganzen Bandbreite, inklusive einer ausgiebigen Bibliographie, wird vorgestellt; eine Kritik an der vorherrschenden ökonomischen Theorie, die sich an Stichworten wie „Ökonomie ohne Wachstum, dem Ende des homo oeconomicus und der Ökonomie nach menschlichem Maß festmachen läßt, bildet beispielsweise den Schwerpunkt des zwölften Bandes. Aber auch wer sich über Kartelle informieren will, über das Wohnen in einer technisierten Gesellschaft, über die Frage, ob es geplanten Verschleiß von Produkten gebe, oder über eine „menschliche“ Verkehrspolitik, wird in der von Freimut Duve edierten Reihe eine gewinnbringende Lektüre finden. Für die geschilderten Probleme gehört die T & P-Reihe meines Erachtens zum Besten, was auf dem Büchermarkt zu haben ist. M. P.

Keine Grenzen für das Lernen

24 Aurelio Peccei (Hrsg.): **Das menschliche Dilemma**. Zukunft und Lernen. Von James W. Botkin/Mahdi Elmandjra/Mircea Malitza. Verlag Fritz Molden, Wien u. a. 1979, 208 Seiten.

Mit dem letzten Bericht des Club of Rome hat dieser seine weltweite Strategie entscheidend geändert. In den bisherigen Berichten wurden schwerpunktmaßig unser bestehendes Gesellschaftssystem analysiert und Prognosen für die Entwicklung der Menschheit formuliert.

Der neueste Bericht mit dem deutschen Titel „Das menschliche Dilemma“ (der englische Titel „No limits to learning“ beschreibt die Anliegen des Club of Rome wesentlich genauer) versucht eine Möglichkeit aufzuzeigen, die Menschheit durch einen weltweiten Lernprozeß vor dem drohenden Zusammenbruch zu bewahren. Der Bericht schließt die Aussage an, daß die „äußeren“ Reserven früher oder später zu Ende gehen werden und wir nur dann überleben können, wenn die „inneren“ Reserven besser als bis jetzt genutzt werden.

Das Lernen der Menschheit war bis jetzt hauptsächlich ein Lernen durch Erfahrung und Krisen. Einsichten und Erkenntnisse sind vorhanden, diese sickern jedoch zu langsam in politische Institutionen

ein und werden sehr oft erst dann wirksam, wenn die Krise bereits begonnen hat. Der Bericht fordert daher starkes innovatives Lernen. Die einzige Möglichkeit zum Überleben der Menschheit sehen die Wissenschaftler des Club of Rome daher in einem weltweiten Lernprozeß.

Die Frage allerdings muß auch zu diesem Bericht gestellt werden, wie dieser neue Lernprozeß initiiert werden kann und ob nicht die sicher guten Ideen des Club of Rome ebenso ein Opfer des von diesem selbst aufgezeigten „adaptiven Lernens“ werden.

Können Strukturen, die jahrzehntelange Innovation eher verhindert haben, in der geforderten Schnelligkeit geändert werden, oder wird die Welt weiterhin Lernen durch Erfahrung betreiben und damit bestimmt in die nächste Energie- oder andere Krise schlittern? L. K.

Jürgen Habermas (Hrsg.): **Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“**, edition suhrkamp 1000, 2 Bände, Frankfurt am Main 1979.

Der Band 1000 der edition suhrkamp, die unter der Redaktion von Günther Busch zu einem Dokument von zeitgeschichtlicher Bedeutung geworden ist, wird von Jürgen Habermas herausgegeben. Er hat — in Anlehnung an Karl Jaspers Band „Die geistige Situation der Zeit“, erschienen zwei Jahre vor Hitlers Machtergreifung 1931 als Band 1000 der Sammlung Göschen — Schriftsteller und Wissenschaftler eingeladen, Beiträge zu eben diesem Thema zu schreiben. Die zweiunddreißig Artikel, zu deren Verfassern deutsche Prominenz von Martin Walser über Iring Fetscher bis zu Hans und Wolfgang J. Mommsen zählt, von Dahrendorf über Beyme, Wellmer, Offe, Preuß bis Winfried Vogt und Dieter Senghaas, von Johannes Baptist Metz über Jaeggli, Narr, Raddatz, Moltmann, Wehler bis Uwe Johnson und Dorothee Sölle, versuchen, Stichworte zu den Tendenzen des Zeitalters zu liefern, Eindrücke und Analysen über die Entwicklung einer Gesellschaft, deren demokratische Strukturen immer wieder verteidigt werden müssen.

Ralf Dahrendorf: **Lebenschancen**. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie, suhrkamp taschenbuch 559, Frankfurt am Main 1979.

Dahrendorf, Soziologe, Politiker, in den letzten Jahren Direktor der angesehenen London School of Economics, versucht, den Begriff der Lebenschancen als Schlüsselbegriff zum Verständnis sozialer Prozesse zu etablieren. Er sieht sie im Spannungs-

feld von Optionen (strukturellen Handlungs- und Wahlmöglichkeiten) und Ligaturen (Zugehörigkeiten, Bindungen, Bezügen) angesiedelt und stellt die Frage, ob in der modernen Gesellschaft nicht der optimale Punkt des Verhältnisses der beiden Kategorien zugunsten der Optionen unter Aufopferung der Ligaturen überschritten sei.

Gerhart Bruckmann (Hrsg.): **Perspektiven für Österreich**. Grundüberlegungen zu sozioökonomischen Alternativen. Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für sozioökonomische Entwicklungsforschung. Wien 1978.

Der silberne Umschlag dieses Bandes verkündet uns kein goldenes Zeitalter: Der Untertitel bereits macht deutlich, daß die „Perspektiven“ sich nur als sozioökonomische „Alternativen“ darstellen lassen. Der Band faßt die Ergebnisse eines Projekts der österreichischen Gesellschaft für langfristige Entwicklungsforschung zusammen, das anhand nationaler und internationaler Erfahrungen alternative Entwicklungslinien für Österreich zu entwerfen versuchte, insbesondere die Frage eines qualitativen und reduzierten Wachstums in seinen gesellschaftlichen Voraussetzungen und Konsequenzen. Neben einigen allgemeinen Analysen werden die Bereiche Wirtschaft, Energie und Bildung in dem Sammelband gesondert behandelt.

Andreas Khol, Alfred Stirnemann (Hrsg.): **Österreichisches Jahrbuch für Politik**, Oldenbourg Verlag, Verlag für Geschichte und Politik, München, Wien 1979.

Auch in Österreichs Politik tut sich einiges, kann man feststellen, wenn man den sorgfältigen Jahresrückblick dieses Bandes durchblättert. Aber nicht nur die Dokumentation des Geschehens, nicht nur die Möglichkeit eines raschen Zugriffs auf die neuesten Daten machen dieses Jahrbuch unentbehrlich, sondern auch dem Versuch, politische Phänomene und Tendenzen regelmäßig zu beobachten, festzuhalten, zu analysieren, in einen Zusammenhang zu setzen, ist höchstes Lob zu zollen. Die Thematik der Aufsätze, die Theorie und Praxis umklammern, ist weitgespannt: Wirtschafts-, Kommunal-, Bildungs- und Außenpolitik sind vertreten, die Ideologiediskussion findet ihren Niederschlag, politikwissenschaftliche Untersuchungen ergänzen sich zu einem Panorama der österreichischen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse.